

DER ROTE WELFER

Redaktion und Verlag: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77-78
Telephon: Amt Zentrum 3467, 5483
Auslieferung für die Schweiz: Willi Trostel, Zürich, Ottikerstr. 35



Bezugspreis durch die Post monatlich 10 Pfennig, vierteljährlich 30 Pfennig / Einzelpreis: für Deutschland 10 Pfennig, für die Schweiz 10 Rappen



KINDERHEIM
BARKENHOFF
durch Schliessung bedroht!

Heinrich Vogeler's Bilder
dienen als Vorwand!

Polizeiterror gegen Kind und Kunst

Unter diesem Titel erscheint in den nächsten Tagen im Mopr-Verlag eine Broschüre, die die Verfolgungen gegen unser Worpsweder Kinderheim wegen der Bilder Heinrich Vogelers anprangert. Wir sind in der Lage, heute bereits hier das Vorwort zu veröffentlichen.

Die Schriftleitung.

Die Behörden führen gegen die Hilfsarbeit der „Roten Hilfe“ für die Kinder der politischen Gefangenen, der Gefallenen und der Ermordeten aus der Arbeiterklasse seit dem Bestehen dieser Arbeit einen ununterbrochenen Kampf. Statt unsere Kinderhilfsarbeit zu unterstützen, haben die Behörden ihre mannigfachen Machtmittel eingesetzt, um unsere Arbeit in den Kinderheimen zu unterbinden.

Die reaktionären Behörden kämpfen nicht nur gegen die Arbeiter, die als proletarische Klassenkämpfer eine Umwandlung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anstrebten, sondern sie kämpfen auch gegen deren Kinder. Nachdem die proletarischen Kinder durch die gegnerische Klassenjustiz ihrer Väter beraubt worden sind, läßt sie diese schutzlosen Waisen mitleidslos zugrunde gehen. Zielbewußt verhindern diese reaktionären Behörden selbst jene Hilfe, die den Kindern durch ihre Klassengenossen gebracht wird. Die Solidarität der Arbeiterschaft hat den Kindern ihrer gefangenen oder gefallenen Arbeitsbrüder Heime geschaffen, um sie wenigstens für einige Zeit dem Elend und Siechtum zu entreißen, um sie in sachgemäße Pflege zu bringen und ihr körperliches und geistiges Verderben aufzuhalten — diese Heime werden durch die staatlichen Organe auf das allerschwerste in ihrer Existenz bedroht. Gerade jetzt hat ein neuer Feldzug gegen das Arbeiterkinderheim Barkenhoff bei Bremen, das erste Kinderheim der „Roten Hilfe“ in Deutschland, eingesetzt. Wir kennen die Beweggründe der Behörden bei ihren Verfolgungen, und wir halten uns für verpflichtet, diese der deutschen Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Aus den Verhandlungen im Preußischen Landtage ist ein Geheimerbericht der Bremer

Polizei bekannt geworden, aus dem eindeutig hervorgeht, welches der entscheidende Grund für die Behörden ist, an unserer Arbeit für die kranken Kinder der proletarischen Kämpfer Anstoß zu nehmen. Man fürchtet die bezwingende Macht einer neuen Idee, welche die Kinder für Lebenszeit ergreifen könnte. Man fürchtet, daß sogar der nur wenige Wochen dauernde Aufenthalt genügen könnte, die fünf- bis vierzehnjährigen Kinder zu Vorkämpfern der proletarischen Bewegung werden zu lassen.

Jener Bericht, der auf Veranlassung des Polizeipräsidiiums Bremen erstattet worden ist, zeigt so unverhüllt die letzten Absichten der Behörden, und er gibt zugleich einen so guten Einblick in das Wesen und die großen Erfolge unserer seitherigen Heimarbeit, daß wir ihn der Öffentlichkeit nicht

vorenthalten dürfen und ihn nachstehend in seinem ganzen Wortlaut folgen lassen:

Polizeidirektion

N. Stelle

Bremen, 8. Sept. 1926.

Nr. 2256/26 geh.

Das Kinderheim „Barkenhoff“ der Roten Hilfe.

Das erste kommunistische Kinderheim, das vom Zentralkomitee der Roten Hilfe in Deutschland errichtet wurde, ist der „Barkenhoff“. Dieser in der Malerkolonie Worpswede herrlich gelegene, etwa vierzehn Morgen umfassende Gutshof war schon in der Vorkriegszeit als Heim des Kunstmalers Heinrich Vogeler weit bekannt geworden. In den Nachkriegsjahren stellte Vogeler, der sich inzwischen zum Idealkommunisten entwickelt hatte, seine Besitzung dem Kommunismus für Siedlungszwecke usw. zur Verfügung. Häufig waren führende kommunistische Persönlichkeiten auf dem „Barkenhoff“ anwesend, der dem Gedanken Vogelers entsprechend gewissermaßen den ersten praktischen Versuch zur Verwirklichung der kommunistischen Ideale darstellte. Als aber diese Versuche des Aufbaues einer kommunistischen Gemeinschaft sich als unausführbar erwiesen, entschloß sich Vogeler, den „Barkenhoff“ der Roten Hilfe Deutschlands als Kinderheim zu schenken.

In der Mitte des Jahres 1923 erfolgte die Uebernahme des „Barkenhoffs“ durch die Rote Hilfe und bald darauf die Einweihung des Kinderheims. Als Zweck des Kinderheims wurde von der Roten Hilfe angegeben, daß Revolutionsweisen und Kinder von inhaftierten Revolutionären abwechselnd dort zur vorübergehenden Erholung weilen sollten. Mit Genehmigung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde erteilte ein kommunistischer Lehrer den auf dem „Barkenhoff“ jeweilig befindlichen Kindern Unterricht. Auch das übrige Personal des Kinderheims gehörte durchweg der KPD. an. Die Leitung des Heims sah ihre Hauptaufgabe darin, die ihr anvertrauten Kinder ganz im kommunistischen Sinne zu erziehen. Verschiedene Zwischenfälle veranlaßten schließlich den zuständigen Landrat, am 2. Februar 1925 das Kinderheim zu schließen. In der Begründung dieser Verfügung wurde angeführt, daß als einwandfrei festgestellt an-



Kinderheim „Barkenhoff“.



Beim Wintersport auf dem eigenen Gelände des Kinderheims.



Siegfried Jacobsohn

zusehen sei, daß die auf dem „Barkenhoff“ zur Erholung untergebrachten Kinder andauernd und nachteilig in der Richtung beeinflusst würden, daß sie zum Haß gegen den gegenwärtigen Staat und die jetzige Staatsform, sowie zu deren Umsturz erzogen werden. Da durch diese Beeinflussung im Innern der schulpflichtigen Kinder Anschauungen, die zu einem die staatliche Ordnung gefährdenden Verhalten zu führen geeignet wären, wachgerufen und befestigt würden, läge in dieser Art der Erziehung eine Gefahr für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung.

Nachdem durch Vermittlung von kommunistischen Abgeordneten dem Landrat die Zusicherung gegeben war, daß das Personal, insbesondere der verantwortliche Leiter gewechselt würden, und daß in Zukunft eine derartig starke politische Beeinflussung der auf dem „Barkenhoff“ untergebrachten Kinder unterbleiben würde, wurde der Roten Hilfe die Wiedereröffnung des Kinderheims gestattet.

Anfang dieses Jahres stellte die Rote Hilfe das Kinderheim „Barkenhoff“ in den Mittelpunkt ihrer Agitation, da wegen Mangels an Geldmitteln die Gefahr bestand, daß das Heim, welches im Laufe der Jahre in einen ziemlich verwahrlosten Zustand geraten war, geschlossen werden mußte. In einem Offenen Brief an die KPD.-Arbeiter in Bremen wurde um Entsendung einiger Maler und um kostenlose Lieferung von Farben gebeten, damit die sich in einem überaus schlechten Zustande befindlichen Räume des „Barkenhoff“ wieder hergestellt werden könnten. Ferner wurde eine eifrige Sammeltätigkeit betrieben. Es gelang der Roten Hilfe, die notwendigen Mittel aufzubringen, um das Heim vollständig renovieren zu lassen. Vogeler, der jetzt in Rußland lebt, verbrachte in diesem Jahre seinen Urlaub in Worpswede und beteiligte sich durch Ausmalung der Diele an den Renovierungsarbeiten des „Barkenhoffs“.

Am 25. Juli d. J. wurde in feierlicher Weise das Kinderheim „Barkenhoff“ wieder eröffnet. Augenblicklich ist das Heim mit 24 Kindern, die aus Hannover und Halle stammen, belegt. Das Alter der Kinder schwankt schätzungsweise zwischen fünf bis vierzehn Jahren. Mit der Beaufsichtigung der Kinder ist ein Junglehrer betraut. Ferner sind im Haushalt und in der Wirtschaft „Barkenhoff“ je zwei weibliche Hilfskräfte beschäftigt. Soweit festgestellt werden konnte, wird den Kindern während ihres Aufenthaltes auf dem „Barkenhoff“ kein schulmäßiger Unterricht erteilt. **Jedoch muß als festgestellt angesehen werden,**

Siegfried Jacobsohn, der jüngst verstorbene Herausgeber der „Weltbühne“, war auch Mitglied des Kuratoriums der Kinderheime der Roten Hilfe. Wenige Wochen vor seinem plötzlichen Hinscheiden schrieb er an den Zentralvorstand der RHD. über das Buch von Felix Halle „Anklage gegen Justiz und Polizei“ folgende Zeilen, die diesen bürgerlich-radikalen Kämpfer deutlich zeichnen.

„Bei der Lektüre dieser Broschüre kann man nicht kühl bleiben. Sie weckt in jedem fühlenden Menschen des Hasses Kraft, die Macht der Liebe. Sie weckt Haß gegen ein Regime, das den Begriff der Freiheit im Maul und eiserne Ketten in Büttelrösten führt. Sie weckt Liebe zu Handarbeitern und Geisteskämpfern, die für ihre politische Gesinnung und Betätigung auf vormärzliche Art abgestraft werden. Und sie weckt das Gelöbnis, von den Prinzipien des Pazifismus nur abzugehen, um Schänder des Rechts mit Wort und Schrift zu bekriegen und ihren beklagenswerten Opfern jede Hilfe angedeihen zu lassen.“

daß die Aufsichtspersonen die Kinder in der kommunistischen Ideenwelt erziehen. Es werden nach kommunistischem Vorbilde Sprechchöre gebildet und kleine Aufführungen inszeniert. In der Regel bleiben die Kinder acht bis zehn Wochen in dem Heim. Sie müssen ihr Bett selbst machen und werden auch sonst zu kleineren Arbeiten in der Wirtschaft und im Haushalt mit herangezogen. **Nach dem Aussehen der Kinder zu urteilen, erhalten diese eine kräftige Kost.**



Heinrich Vogeler

An warmen Sommertagen spielen die Kinder nur mit Badeanzügen resp. Badehosen bekleidet im Freien.

Ueber die inneren Räumlichkeiten des „Barkenhoffs“ ist folgendes zu sagen:

Man betritt das Gebäude von der Vorderseite durch einen ziemlich schmalen Eingang, der auf die bereits vorstehend erwähnte Diele führt. Diese Diele dient in erster Linie als Speisesaal. Es sind Tische aufgestellt, die mit weißem Wachtuch belegt sind. Die Wände der Diele, die von Vogeler ausgemalt sind, zeigen dem Besucher gleich auf den ersten Blick, in welchem Sinne die im Heim weilenden Kinder erzogen werden. Auf der Rückseite der Diele, rechts und links von dem Kamin, befinden sich zwei große Gemälde, von denen das eine die Erstürmung der Gefängnisse durch das Proletariat darstellt, während das andere Bild das Herauskommen der revolutionären Gefangenen aus den Gefängnissen und das Wiedersehen mit ihren Angehörigen zeigt. — Weiter hat Vogeler auf beiden Seiten der Eingangstür einige Wandmalereien geschaffen, die im expressionistischen Stile gehalten sind. Dem Beschauer dieser Bilder zeigt das Bild am weitesten



Karin Michaelis

Die bekannte dänische Schriftstellerin ist Mitglied des Kuratoriums der Kinderheime der „Roten Hilfe“.

rechts einen Gerichtssaal, in dem die Göttin Justitia mit verbundenen Augen und mit einer schwarzweißbroten Hakenkreuzbinde versehen, eintritt. In der linken Hand hält sie die Wage der Gerechtigkeit und in der rechten ihr Schwert, sie urteilt über Leben und Tod. Geführt wird die Göttin Justitia von einer Gestalt in bürgerlicher Kleidung, die die Bourgeoisie und den Kapitalismus darstellen soll. Hinter dem Richtertisch sitzen die Gerichtspersonen. Aus der ganzen Darstellung ist zu erkennen, daß es sich bei diesen nicht um freie Richter, sondern vom Kapitalismus abhängige Richter handelt. Vor dem Richtertisch steht der Angeklagte, bewacht von einem Polizeibeamten. Aus den Gebärden und der Haltung des Angeklagten ergibt sich, daß dieser sich mit scharfen Worten gegen die sogenannte Klassenjustiz wendet. An der linken Seite des Bildes, in unmittelbarer Nähe des Angeklagten, ist folgende Inschrift zu lesen:

„Es gibt keine Gerechtigkeit vor dem Gesetz, keine Unabhängigkeit der Richter.“

Das nächste Bild zeigt einen proletarischen Klassenkämpfer im Gefängnis. Der Tod tritt ein, in der Hand eine Sanduhr, und verkündet dem Gefangenen, daß seine Uhr abgelaufen ist, daß ein Todesurteil gegen ihn gefällt ist. Oben und unten befinden sich auf dieser Darstellung folgende Inschriften:

„Die Klassensolidarität muß die Gewalt des Justizterrors brechen. — Der Kapitalismus kennt nur Gesetz und Richter gegen die Arbeiter.“

Auf der anderen Seite des Eingangs sieht der Beschauer zunächst auf einen Gefängnishof, auf dem die Arbeiter unter Bewachung der Gefängniswärter ihren Rundgang machen. Aus dem Bild ist zu ersehen, daß die Gefangenen nicht miteinander sprechen oder sich sonstwie verständigen dürfen. — Etwas seitwärts davon hat Vogeler das Elend einer Proletarierfamilie bildlich dargestellt. Die Mitglieder der Familie, die um einen Tisch herumsitzen, auf dem die Speisen fehlen, und man nur einen leeren Teller sieht, zeigen einen verhärmten und verbitterten Ausdruck. Für die beiden Säuglinge, die die Mutter auf dem Schoß hat, ist keine Milch da. Der gefangene Vater sieht dieses Bild des Elends. Er findet seinen Trost in der Tätigkeit der Roten Hilfe, die, wie das letzte Bild zeigt, durch einen Genossen und eine Genossin, die die Treppe zu seiner Dachwohnung heraufkommen, die in Gestalt von Kleidung und Lebensmitteln Hilfe bringt. Ueber den beiden letzten Bildern sind folgende Worte zu lesen:

„Die Rote Hilfe ist das Band der Solidarität, welches die gesamte Arbeiterschaft der Erde mit den gefangenen Klassengenossen verbindet.“

Auf der gegenüberliegenden Seite befinden sich weitere Wandmalereien Vogelers, die zum Teil älteren Ursprungs sind und keinen politischen Einschlag zeigen. Zu erwähnen bleibt noch ein Gemälde, das darstellt, wie sich die Kommunistische Jugend, resp. die Mitglieder des Jung-Spartakusbundes, auf einer Anhöhe um ihre rote Fahne geschart haben.

Um die Diele herum liegen die Wirtschaftsräume und die Wohnräume für das Personal. Hier ist zunächst zu erwähnen das Büro. Sobald man in dieses eintritt, fällt der Blick auf ein Bild Lenins. Ferner sind die Wände mit einigen Bildern Vogelers geschmückt.

Einen besonderen freundlichen und mustergültigen Eindruck macht der Wasch- und Duschaum für die Kinder. Der ganze Raum, in dem sich sechs Waschbecken und sechs Duschen befinden, ist in Weiß gehalten und unten mit weißen Fliesen ausgelegt. Jedes Kind hat einen Platz, wo es sein Handtuch sowie Zahnglas und Zahnbürste unterbringen kann. In dem Raum selbst herrscht eine peinliche Sauberkeit. Das gleiche ist von der Küche zu sagen. In den oberen Räumen des Hauses befinden sich die Schlafräume für die Kinder. Die Zimmer sind sehr einfach, aber freundlich eingerichtet. Auch hier ist wieder alles in einem hellen Ton gehalten. Jedes Kind hat eine weiße Bettstelle und weiße Bettwäsche. Ferner ein kleines Schränkchen und einen Stuhl. In den Schlafräumen können drei bis sechs Kinder untergebracht werden. Ferner befindet sich in dem oberen Stockwerk ein Arbeitsraum, in dem die Kinder sich bei schlechtem Wetter aufhalten. Hier ist auch eine Bibliothek für die Kinder untergebracht. Leider ist der Inhalt dieser Bibliothek den Blicken der Besucher verschlossen. Die Kinder werden mit Buchbinderarbeiten beschäftigt.

Um das Hauptgebäude herum gruppieren sich auf der einen Seite die Stallgebäude, die auch heute noch ihren ursprünglichen Zwecken dienen. Soweit es eben praktisch möglich ist, ist von der Heimleitung der Gedanke der Selbstversorgung zur Durchführung gebracht worden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Äußere des Kinderheimes „Barkenhoff“ einen mustergültigen Eindruck macht. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, und das hat auch die Rote Hilfe klar erkannt, daß ein großer Teil der Kinder, die für acht bis zehn Wochen auf dem „Barkenhoff“ zur Erholung weilen, die dort gewonnenen Eindrücke in sich aufnehmen und sich später zu Vorkämpfern des kommunistischen Gedankens entwickeln.

Die Polizeidirektion.

I. A.: Mayse,

Pol.-Hauptmann.

Dieser Geheimbericht der „Nachrichtsstelle“ des Polizeipräsidiums Bremen ist offenbar die unmittelbare Ursache zu einer Reihe von behördlichen Aktionen, die besonders in der letzten Zeit gegen unsere Kinderhilfsarbeit auf dem Barkenhoff unternommen wurden, und die diese Arbeit nicht nur erschweren, sondern die offensichtlich zum Ziele haben, sie ganz und gar unmöglich zu machen.

In dem Geheimbericht wird ausdrücklich erklärt, daß der „Barkenhoff“ einen mustergültigen Eindruck mache; einen besonders freundlichen Eindruck mache der Wasch- und Duschaum für die Kinder; in dem Raum herrsche eine peinliche Sauberkeit, das gleiche sei von der Küche zu sagen; nach dem Aussehen der Kinder zu schließen, erhielten diese eine kräftige Kost; an warmen Sommertagen spielten sie nur mit Badeganzug bekleidet im Freien. Alles in

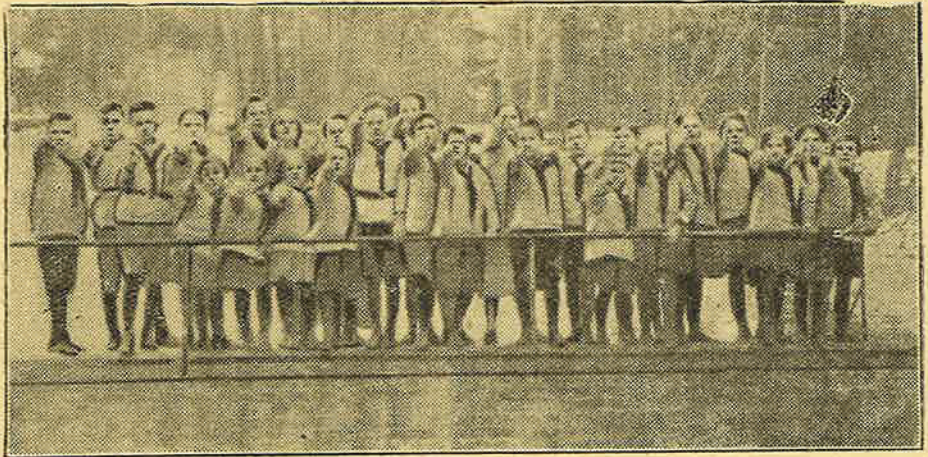
dem: er stellt fest, daß dieses Heim in bester Weise jenen Anforderungen entspricht, die heutzutage an die Beschaffenheit eines Kindererholungsheimes gestellt werden können. Welches könnte danach das behördliche Interesse sein, den weiteren Aufenthalt von kranken, pflegebedürftigen Kindern auf dem „Barkenhoff“ zu verhindern?

Der Bericht hat darauf die Antwort gegeben! Die „Gedankenwelt des Kommunismus“ ist es, die die Kinder auf dem „Barkenhoff“ nach der Meinung der Behörden gefährdet, die sie mehr gefährdet als die Tuberkulose, die Rachitis und die anderen Krankheiten, deren Opfer sie zu Hause werden. Also besser tot, als in der Weltanschauung des Kommunismus aufwachsend! Das ist die Ansicht der Behörden, nach der sie bei ihren Entscheidungen verfahren!

Diese in reaktionären Vorurteilen befangenen Beamten sind weit entfernt davon, ihre Entscheidungen von dem Wohl und Wehe der Kinder bestimmen zu lassen, für die sie entscheiden! Sie entscheiden nach politischen Motiven, auch da, wo es sich um das Leben und die Gesundheit von Kindern handelt. Und so verfahren die Beamten einer Republik, die sich eine soziale Republik nennt.

Viele von den Vätern unserer Kinder sind als Opfer des Kapp-Putsches gefallen, haben

diene, deren Wände geschmückt sind mit oft riesengroßen Entsetzen erregenden Kreuzigungs- und Marterszenen aus der christlichen Religionsgeschichte. Es sind darunter Szenen, die in ihrer Grausamkeit naive Gemüter, und nicht bloß solche der Kinder, dauernd aufs schwerste belasten und mit den bedrückendsten Vorstellungen erfüllen. Es gibt weiter noch viel öffentliche Gebäude, an denen sich immer noch die Hoheitszeichen des kaiserlichen Deutschland befinden, in denen in aufdringlichster Weise knallige Fürsten- und Schlachtenbilder usw. hängen. Wo und wann haben jedoch jemals machtbefugte Beamte der deutschen Republik es gewagt, kategorisch die Entfernung dieser Bilder zu fordern und mit einer Schließung der betreffenden Anstalten, Kasernen, Schulen, Kirchen und Amtsstuben zu drohen, wenn ihre Forderung nicht erfüllt wird? Solches ist niemals und nirgends geschehen. Ganz anders gegenüber einem sozialistischen Kinderheim. Hier wird einem Künstler von Weltruf — einem Manne von idealster Lebenseinstellung, einer menschlichen Erscheinung, der durch ihre sittliche Größe von jeher eine allgemeine Bewunderung im Inland wie im Ausland zuteil wurde, von einer deutschen Behörde das Ansinnen gestellt, einen Teil seiner Kunst, d. h. also Dokumente der großen Kunst, einer hohen sittlichen Kultur und des



Kindergruppe auf dem Barkenhoff:
Bist Du schon Mitglied der „Roten Hilfe“?

mit ihrem Leben den Staat erhalten helfen, der jetzt die politischen Verfolgungen gegen die aktive Arbeiterschaft fortsetzt in Verfolgungen der Kinder, die zu Waisen geworden sind. Damit übertrifft Deutschland noch das Beispiel Bulgariens, das fern von der westeuropäischen sogenannten Kultur auch noch die Kinder der Eingekerkerten und Ermordeten verfolgt. Bulgarien ist jedoch keine „soziale Republik“!

Die letzte und kulturell ungeheuerlichste Zumutung ist die Forderung auf Entfernung der Bilder, mit denen Heinrich Vogeler, der Stifter des Heims, die Wände der Diele, des Ebraums der Kinder bemalt hat. Diese Bilder sind von hohem künstlerischen Wert, und sie knüpfen in dem Gegenstand der Darstellung und in der Art seiner Auffassung ganz naturgemäß an die Erfahrungen, die erschütternden Erlebnisse und die sittliche Vorstellungsweise der Kinder an, die im Heim untergebracht sind.

Man muß sich im ganzen Umfange darüber klar sein, was die behördliche Forderung auf Entfernung des künstlerischen Wandschmuckes im Kinderheim „Barkenhoff“ für die künstlerische und geistige „Freiheit“ in der deutschen Republik bedeutet. Es gibt, wie allgemein bekannt, nicht bloß in rein katholischen Ländern, wie Italien und Spanien, sondern auch in Deutschland, Hunderte von öffentlichen Gebäuden, Kirchen, frühere Klöster, die heute als Schulen

stärksten sozialen Verantwortlichkeitsgefühles, wieder von den Wänden zu kratzen, zu vernichten und durch solche Darstellungen zu ersetzen, die, sagen wir, dem politischen Geschmack des betreffenden Herrn Landrats entsprechen. Ein solches Ansinnen der krassesten Bilderstürmerei ist fürwahr nichts geringeres als beschämende Kulturbarbarei. Man stelle sich vor, es wäre uns bekannt, ein solches Ansinnen wäre seinerzeit an irgendeinen der Freskenmaler der Renaissance gestellt worden, an jene gesinnungsmutigen Handwerker, die die Wände der damaligen Klosterschulen, Kirchhöfe usw. mit ihren kühnen Kritiken an den unvollkommenen Zuständen ihrer Zeit geschmückt haben. Man stelle sich vor, wir wüßten, es wäre an einen der berühmten Totentanzmeister vom Magistrat einer Stadt die Forderung gestellt worden, er müßte von der Wand der Kirche oder der Schule jene Szenen wieder abkratzen, wo er dargestellt hat, wie der rächende Tod einen wollüstigen Bischof oder Papst an der Schlemmertafel oder in den Armen einer Konkubine überrascht. Wenn wir solches wüßten, so würde darüber noch heute, nach Jahrhunderten, alle Welt den Stab brechen. Aber nichts anderes, nichts Geringeres, wird in der deutschen Republik von einem großen deutschen Künstler gefordert. Er selbst soll sein eigenes Werk zerstören, und wenn nicht er, so sollen dies die Beschützer dieses

Werkes tun. Und nur deshalb, weil in diesem Werk das wirkliche Recht und die höchste Menschensolidarität gefördert wird, nämlich die opferbereite Solidarität der Schaffenden. Gegen diese letzte und eigentliche Logik der Vogelerschen Kunstwerke bäumen sich die Behörden auf. Eine solche Forderung ist in ihren Augen ein Verbrechen, das nur mit Bildertod geahndet werden kann.

Wie aber lautet die weitere Logik dieser Forderung? Nicht anders als so: Im neuen Deutschland darf im Machtbereich der Behörden hinfort nur noch Kunst von Landrats- und Polizeignaden öffentlich getätigt werden. Die kranken Kinder des deutschen Proletariats sollen lieber in Elend und Krankheit zugrunde gehen, wenn der Künstler nicht Ordre pariert und sich weigert, unserem landrätlichen oder polizeilichen Willen sich zu fügen! So setzt in Deutschland die Periode ein, der durch das Schund- und Schmutzgesetz die geeignete Atmosphäre bereitet wurde.

Man höre unsere Erfahrungen während der letzten Monate. Trotz unserer Bemühungen, teils für den künstlerischen, teils für den sittlichen Wert der Bilder, das fehlende Verständnis bei den Behörden zu wecken, trotz unserer Bitte, uns wenigstens Aufschub zu geben bis zur Rückkehr des Künstlers, dem das Urheberrecht an den Bildern gehört und der zur Zeit auf einer Auslandsreise sich befand, — es hat alles nichts gefruchtet: die angedrohten Maßnahmen der Behörden zur Unterbindung unserer weiteren Fürsorgearbeit für die Kinder haben bereits in großem Maßstabe eingesetzt. Der letzte Kindertransport konnte Berlin nicht verlassen, weil die Fahrpreisermäßigung, die der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ sämtlichen zu verschickenden Kindern bei der Reichsbahn vermittelt, verweigert wurde. Alle unsere Verhandlungen deswegen — mit dem Landrat, dem Regierungspräsidenten, dem Ministerium für Volkswohlfahrt, dem Vorsitzenden des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder“ — führten zu nichts. Unsere Bitten für die Kinder wurden „abschlägig beschieden“. Darüber hinaus ist noch die Verweigerung der Beurlaubung der Kinder vom Schulunterricht in Aussicht gestellt worden, obwohl es sich bei unseren Kindern durchweg um kranke und schwer zurückgebliebene Kinder handelt! Das alles bezeichnet der Regierungspräsident Dr. Rose als „die Versagung der bisher dem Heim gewährten Vergünstigungen“. Nach dem ärztlichen Aufnahmebefund für die in unser Heim aufgenommenen Kinder bedeutet Verweigerung der Beurlaubung vom Schulunterricht schwere gesundheitliche Schädigung der Kinder.

Zur Abwehr aller dieser für unsere Kinder mörderischen Maßnahmen haben wir die verschiedensten Schritte unternommen.

Das Kuratorium für die Kinderheime der Roten Hilfe.

Kinder für Kinder

Unter den verschiedenen Kleiderpaketen, die der R.-H. Schweiz für die Winterhilfe zugekommen sind, fiel eines durch seine Reichhaltigkeit und Vielgestaltigkeit auf. Neben Kinderkleidchen und Frauensachen waren auch Spielwaren dabei und ein Briefchen, das wir unten wiedergeben.

Liebe unbekannte Arbeiterkinder!

Eines Abends erzählte uns unser Vater von dem großen Elend, in dem sich zahllose Arbeiterfamilien in Deutschland, Polen und an vielen anderen Orten befinden. Er erzählte uns, daß man eure Väter in die Gefängnisse gesperrt hat, weil sie für ihr Recht, für mehr Lohn kämpften, damit ihr genug Brot essen könnt, Euch besser kleiden und Holz und Kohlen für den strengen Winter kaufen könnt. Unser Vater schil-

derte uns die große Not, die Ihr alle: Vater, Mutter und Kinder ertragen müßt. Er erklärte uns das Bild auf der ersten Seite der Dezember-Nummer des „Roten Helier“, daß es so viele Eltern und Kinder gibt, die hungern und frieren müssen. Der Vater sagte uns, daß die Rote Hilfe für diese Väter, Mütter und Kinder sammeln werde, um allen ein kleines Weihnachtspaket zu machen, damit sie auch eine kleine Freude haben.

Meine Schwester und ich waren sofort bereit, auch etwas zu geben, nicht viel, aber wenn wir Euch etwas geben können, so tun wir das, weil Ihr auch Arbeiterkinder seid. Wir wollen Euch eine Freude machen. Wir müssen zusammenhalten und einander helfen, wir Brüder und Schwestern! Ihr müßt erfahren, daß man überall an Euch denkt!

Die herzlichsten Grüße

Grethy und Lea aus der Schweiz.

Das Faschistenregime in Litauen

Von Lietpiliētis

Die Sejmwahlen im Mai 1926 in Litauen bedeuteten eine Abrechnung mit dem „christlich-demokratischen“ Block, der sich aus den Parteien der neuen Gutsbesitzer (Kulaken), der geschäftskundigen Pfarrer und der gelben Gewerkschaften zusammengesetzt hatte. Der christlich-demokratische Block schien zerschmettert. Es tauchten Diktaturgerichte auf. Ein tatkräftiger Faschist, der Major

demokraten die Regierung zu scharfem Vorgehen gegen die linken Arbeiter drängten, blieb der Staatsapparat in den Händen der Reaktionäre und diese konnten mit staatlichen Mitteln faschistische Legionen organisieren und bewaffnen. Die Regierung blieb taub und blind. Die Arbeiterzeitungen alarmierten angesichts der Gefahr, die Regierung „beruhigte“ — es sei alles in bester



K o w n o , die Stadt der Galgen.

Plechavitsch, wurde telegraphisch nach Kowno (aus Prag, wo er die Kriegskunst studierte), gerufen. Eine Linksbloek-Regierung wurde durch die Parteien der Liandiniakai (früher „Volksozialisten“), die Partei der mittleren Bauern und die Sozialdemokraten gebildet, eine typische kleinbürgerliche Regierung.

Das Votum der Wahlen war klar und eindeutig: Kurz nach links! Reinen Tisch machen! Tausende von Verbrechen sollten zur Verantwortung gezogen werden, der Staatsapparat sollte gesäubert werden. Einiges wurde unter dem Druck der Massen doch erreicht: Amnestie für politische Verbrecher, Streikfreiheit usw. Das wichtigste unterblieb jedoch. Während die Sozial-

Ordnung. Zu gleicher Zeit arbeiteten die Agenten des englischen Imperialismus, die Freunde des Pilsudski-Polens, systematisch weiter. Und wenn die Sowjetpresse auf die Pläne Pilsudskis aufmerksam machte und Genosse Angareis in der litauischen Arbeiterpresse die Gefahr in den schärfsten Ausdrücken schilderte, dann war es das Organ der Sozialdemokraten, das von Phantasien schwatzte, von kommunistischen Räubergeschichten stammelte. Der Druck der Verhältnisse zwang jedoch die Regierung, den Plänen Pilsudskis zuvorzukommen — der Garantievertrag mit Sowjetrußland wurde geschlossen.

Nun aber sträubte sich die Reaktion dagegen. Der Vertreter einer „fremden Macht“

machte die „Patrioten“ auf die „Gefahr“ aufmerksam, welche die Annäherung an die USSR in sich birge.

Noch in der letzten Stunde warnten die Kommunisten. Der nun ermordete Genosse Greifenberger hielt in Kowno und in der Provinz Vorlesungen über die Gefahr des Faschismus. Die gehörnte Regierung blieb taub und blind. Sie wurde in der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1926 „überrascht“. Junge Offiziere drangen während der Nachtsitzung in den Sitzungssaal des Sejm (durch die Eingangstür des Präsidiums!) ein und befahlen den Abgeordneten, den Saal zu verlassen. Der sozialdemokratische Vorsitzende Kairys verhielt sich nicht gerade männlich. „Entschuldigen Sie“, fragte er nach einiger Erholung. „In wessen Namen?“

„Im Namen des Diktators!“

Auf eine weitere Frage nach der Person des Diktators wurde schroff geantwortet:

„Nicht Eure Sache“. Feige gingen die Abgeordneten davon. Die betrunkenen jungen Offiziere hatten „gesiegt“.

Daß der Diktator nicht genannt wurde, ist für die ganze Bande bezeichnend. Der Diktator war der oben erwähnte Major Plechavitsch. Man hat aber eine Maske gesucht, damit das Volk über den Charakter des Putsches getäuscht werde, weil nur im trüben das Fischein möglich war.

Man brauchte für die Folterkammer eine „anständige“ Fassade. Und die kam. Und die war wirklich gut. Smetona und Wolde-maras. Bekannte Patrioten. Orientierung nach Rußland, zum Teil nach Deutschland, aber ausgesprochene Gegnerschaft zu Polen. So hieß es und das war wertvoll. So verkauften sich diese Herren den Faschisten, den Agenten Polen-Englands. Und nun erleben wir das schöne Bild: blutbefleckte Hände mordlustiger Offiziere und salbungsvolle Reden litauischer Staatsmänner. Das Doppelspiel ist nötig, um Litauen, um die Welt zu verwirren.

Des Arbeiters Auge aber sieht klar. Das Feldgericht wütet. Vier der Besten sind erschossen worden. Vor Weihnachten verurteilt, nach Weihnachten ermordet: fromm und gottesfürchtig sind die Henker Litauens. Operettenfiguren — sie verstehen aber das Handwerk! Sogar Handschuhe verstehen sie anzulegen. Der litauische Gesandte in

richten meldeten bereits seine Hinrichtung durch das Feldgericht. Die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften sind geschlossen, Versammlungen sind verboten, die Arbeiterpresse ist geknebelt, Streiks werden als Staatsverbrechen gestempelt. Nur der



Ona Schmigaskaukeite, die frühere Sekretärin der Jugendorganisation „Lutsch“ (Der Strahl), wurde von der litauischen Polizei verhaftet und bei einer Durchsuchung fand man bei ihr kommunistische Literatur. Um sie zur Ablegung des Geständnisses zu zwingen, daß sie Mitglied der Kommunistischen Partei sei und um die Namen ihrer Mitgenossen zu erfahren, wurde sie auf dem elektrischen Stuhl gefoltert. Durch diese Folter wurde aus dem jungen blühenden Mädchen ein kranker, physisch zerschlagener Mensch. Es gelang, sie nach Leningrad zu bringen. Dort befindet sie sich in ärztl. Behandlung.

„Sozialdemokrat“ darf erscheinen; er ist den Faschisten tatsächlich nicht gefährlich. Auch ist schon den sozialdemokratischen Führern erlaubt worden, ihre Gewerkschaften wieder zu beleben. Die klassen-

bewußten Arbeiter werden aber verpöht, mit hohen Geldstrafen bedroht, der Folge-rungsgefahr ausgesetzt.

Daß man offen die Aenderung der Verfassung „erwägt“, daß man salbungsvoll vom lieben Gott spricht, der für einen christlichen Staat doch mehr gelten soll, als eine Verfassung, ist nur zu verständlich. Und wenn die einzige jüdische Beamtin im Innenministerium entlassen wird, und wenn der erst gestern noch behandschuhte Herr Woldemaras in seinem eigenen Presseorgan mitteilt, der Generalkonsul Litauens in den USA., der ein Jude ist, werde entlassen, weil ein jüdischer Generalkonsul die nationalen Gefühle der guten Litauer beleidige, so ist das alles so klar, daß man kein Wort mehr darüber zu verlieren braucht. Wenn aber später diese Mitteilung demontiert worden ist, so bedeutet dies, daß die Verkleidungs-komödie noch nicht zu Ende ist.

Dem kleinen Lande Litauen ist eine trau-rige Rolle zugefallen: den kriegerischen Zielen des englischen Imperialismus zu dienen, zur Einkreisung des ersten und ein-zigen Proletarierstaates beizutragen, die eigene Arbeiterbewegung im Blute zu ersticken.

Das wird den litauischen Henkern aber nicht gelingen! Tapfer gingen die vier Ge-nossen in den Tod und ihr letzter Atemzug galt einem Hoch auf die soziale Revolution. Um Gnade haben sie den Präsidenten nicht ersucht, wie es in den Zeitungen hieß. Andere Leute wurden beim Präsidenten vor-stellig, um ihn zu veranlassen, das Urteil nicht zu bestätigen. Dies verweigerte er jedoch. Dem einen gegenüber spielte er den Blutdürstigen, dem anderen gegenüber gab er zu, nur eine Marionette in den Händen der faschistischen Machthaber zu sein. So sieht der Präsident der Faschistenregierung in Litauen aus!

„Jeder Mensch hat das Recht zum Leben!“

(Erinnerung aus gemeinsamen Kampftagen mit Max Hölz) von M. K.

Als in den Apriltagen 1921 vor dem Moabiter Ausnahme-Sondergerichtshof der Hölz-Prozeß stattfand, war die öffentliche Meinung gegen unseren Genossen Max Hölz derartig vergiftet, daß man in jeder Zeitung, mit ganz wenigen Ausnahmen, nur von dem Mordbrenner, Brandstifter, Räuberhauptmann und der Bestie Hölz lesen konnte, dessen Kopf unbedingt fallen mußte. Ich als Freund, Partei- und Kampfgenosse von Max Hölz will versuchen, auf Grund meiner Erinnerung diese „Bestie“ zu zeichnen.

Im Frühjahr 1919 bestand in Falkenstein im Vogtland noch ein Arbeiterrat, der bei der arbeitenden Bevölkerung sehr beliebt und geachtet war. Die Funktion des Arbeiterrates bestand auch darin, geheime Lebensmittellager aufzuspüren und sie mit Hilfe der Polizei zu beschlagnahmen.

Wir hatten eines Tages das Glück, bei einem reichen Fabrikanten eine wohlgefüllte Vorratskammer auszuräumen. Die geräucherten Speckseiten, Würste und diverse andere Sachen wurden ins Rathaus gebracht, und Max Hölz erließ als Vorsitzender des Arbeiterrates einen Aufruf, daß die beschlagnahmten Lebensmittel verteilt würden und forderte bedürftige Personen auf, sich zu melden.

Unter vielen anderen kam auch eine ältere Frau, die erklärte, daß ihr 25jähriger Sohn an Tuberkulose schwerkrank daniederliege und der Arzt fettreiche Kost empfohlen habe. Diese Frau wurde für den nächsten Tag, an dem die Verteilung stattfinden sollte, mitbestellt, und ihr auch eine reichliche Gabe für ihren Sohn zurechtgemacht. Am nächsten Tage erschien die Frau und erklärte unter Weinen, daß ihr Sohn nichts von den Lebens-

mitteln bedürfe, da er in der Nacht gestorben sei. — —

Ich habe mit Max Hölz so manchen Kampf erlebt. Wir sahen Genossen fallen und Max Hölz mit rührender Sorgfalt dafür sorgen, daß die toten Genossen beerdigt wurden, damit sie nicht in die Hände der Weißen fallen. Ich sehe in Gedanken die schmerzhaften Zuckungen in seinem Anlitz, wenn er vor diesen toten Genossen stand, aber niemals habe ich Hölz weinen sehen, mit Ausnahme des oben geschilderten Falles: Als die Mutter schluchzend aus dem Arbeiterratszimmer gegangen war, suchte ich nach Max Hölz. Ich entdeckte ihn schließlich in einem leeren Nebenzimmer, wo er herzerbrechend weinte.



Faschistentank in den Straßen Kownos.

Berlin, Herr Sidzikauskas, verblüfft durch seine Kulturmanieren. Drüben wird aber in-zwischen rasch abgebaut, was noch von früheren Zeiten geblieben war. Die Agrar-reform wird abgestellt, damit die Kulaken Großgrundbesitzer werden können. Die für Gründung von Krankenkassen, sowie für öffentliche Arbeiten zur Linderung der Not der Arbeitslosen vorgesehenen Beträge werden vom Etat gestrichen. Hunderte von armen Arbeitern und Bauern sind in die Gefängnisse gesteckt worden. Das Kownoer Zuchthaus, das in den zaristischen Zeiten für 400 Gefangene berechnet war, birgt jetzt 1000 Mann in seinen düsteren Mauern. Das Konzentrationslager in Varniai soll Massen von Gefangenen aufnehmen.

Der 67 Jahre alte Dr. Domaschewitsch ist mit seinen beiden Söhnen verhaftet worden und soll mit hundert anderen vor ein Feld-gericht gestellt werden. Warschauer Nach-



Kauft und verkauft diese Hoelz-Fonds-marke!

Ich versuchte ihn zu beruhigen, darauf sagte Max: „Schrecklich, diese Zustände! Auf der einen Seite lebt eine kleine Schicht von Menschen im Ueberfluß, auf der anderen Seite müssen Tausende von blühenden Menschenleben sterben, weil ihnen die nötige Nahrung zur Erhaltung ihres armseligen Lebens vorenthalten wird.“ Er packte mich an den Schultern und schrie in höchster Ekstase: „Dieser Vorfall von vorhin muß uns Ansporn sein, alles daran zu setzen, daß wir wahr machen: Jeder Mensch hat Anspruch darauf, zu leben!“

An diesem einzigen Beispiel will ich zeigen, was für ein ausgeprägtes tiefes Empfinden der „blutdürstige Mordbrenner und Räuberhauptmann“ Max Hölz hatte. Ich könnte diese Beispiele noch vermehren. Mögen die Feinde der Arbeiterklasse, die auch die Feinde von Max Hölz sind, über ihn geifern und schmähen. Mag der Reichspräsident Hindenburg ein Gnadengesuch für Max Hölz ablehnen, das Bild, das wir Vogtländer Arbeiter von Max Hölz haben, die Liebe und Zuneigung, die er sich bei uns erworben, kann uns niemand aus dem Herzen reißen.



Niedner.

ehemals Vorsitzender des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, heute Präsident des 4. Strafsenats des Reichsgerichts, in dem die Tätigkeit des Staatsgerichtshofes gegen Kommunisten fort-

gesetzt wird. Niedner ist allen Arbeitern durch seine Bluturteile gegen revolutionäre Arbeiter gut bekannt. Weniger bekannt jedoch ist sein **Bewerbungsschreiben** um den **Posten als Präsident beim Preußischen Kammergericht vom 23. Juli 1922**. In dieser Schrift fordert Niedner, daß auf diesem Posten ein Mann stehen müsse, der mit „innerlich vornehmer Gesinnung und einem gütigen Herzen ausgestattet“, „treue Anhänger der gegenwärtigen Staatsverfassung“ und „aus ganzem Herzen Republikaner“ sei. Wörtlich schreibt er folgendes:

„Dieses zweite Erfordernis ist gerade bei den gegenwärtigen Zeitläuften durchaus in den Vordergrund zu stellen. Denn es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß die preußische Justizverwaltung sich zur Zeit noch in völlig reaktionärem Fahrwasser bewegt, daß der 9. November 1918 spurlos an ihr vorübergegangen zu sein scheint und die **Justiz rückständiger ist als alle anderen Verwaltungszweige des preußischen Staatswesens . . . !**“

Damit vergleiche man die besonderen Verdienste, die sich der wandlungsfähige Niedner in allen Kommunistenprozessen erworben hat. Er entscheidet im Wiederaufnahmeverfahren für Max Hoelz.

Die Siguranzatätigkeit im Wechsel der Jahreszeiten

„Im Herbst zählt man die Knospen“, lautet ein rumänisches Sprichwort. Im Herbst läßt sich auch die Siguranza und die Militärjustiz die Lei-Milliarden zuzählen. Im Herbst zählt man auch die meisten „kommunistischen Komplote“ und die umfangreichsten Massenverhaftungen. Im Herbst pflegen die „gefährlichsten Terroristen“ mit Ketten schwer beladen den Eskorten zu entfliehen und erschossen zu werden.

Schon in der Hitze des ersten Sommermonates schmelzen und schrumpfen vor den Kriegssgerichten die „kommunistischen Komplote“ des Vorjahres zunächst zusammen. Die drückende Schwüle des Hochsommers macht die „Verschwörer“ vollkommen schlapp. Die allerheiligsten Personen des Königs und der Königin lassen sich von wohlwollenden Aerzten und Dollarbankiers nach Frankreich und Amerika verfrachten. Im Lande herrscht Ruhe und Ordnung, die Dynastie ist außer Gefahr. Siguranza und Militärjustiz können sich in die wohlverdienten langen und langersehnten Ferien begeben. Jede Tätigkeit ist eingestellt. Höchstens, daß einige Munitionsdepots in die Luft fliegen, einige Proviantmagazine und Archivkammern von selbst Feuer fangen, von wegen der zu großen Hitze . . . Selbst die Räuber und Banditen verlegen ihr Tätigkeitsfeld aus den Städten der Ebene auf die schattigen und kühlen Landstraßen der Bäder und Gebirgskurorte.

So kommt Mitte und Ende August heran. Mit Entsetzen stellen Siguranza und Militärjustiz-Mächtige in den Spielkasinos von Sinaia und Constanza, in Karlsbad und Monte Carlo, nicht nur das herannahende Ende ihrer Ferien, sondern auch insbesondere das ihrer Barschaft fest. Da heißt es also, mit frischen Kräften wieder an die Arbeit gehen.

Ende August und Anfang September setzt dann auch regelmäßig die intensivste „Arbeit“ ein:

1924 Anfang September „Aufstand von Tatar-Bunar.“

1925 Anfang September „Entdeckung von Dutzenden von Verschwörungen, insbesondere derer von Galatz und Kischinew.“

1926 Anfang September Verhaftung der ungemein gefährlichen Terroristen Tka-tschenko und Stefanoff, „Flucht Tka-tschenkos“.

1927 Anfang September wird die stauende Mitwelt noch erleben.

Denn: Ende September tritt das Parlament zusammen. Ende Oktober bis Anfang Dezember werden die Etats festgesetzt und angenommen. Für eine angemessene Festsetzung sorgt der „Anfang September“. Für die nötige Stimmung zur Annahme im Parlament sorgt dann das „Ende November“.

1922 Ende November Studentenunruhen.

1923 Ende November Studentenunruhen.

1924 Ende November Studentenunruhen.

1925 Ende November Studentenunruhen.

1926 Ende November Studentenunruhen.

1924 Ende November und Anfang Dezember über 800 Verhaftungen in ganz Rumänien. Ueber die „Aussagen“ dieser 800 siehe Broschüre von Costa Foru.

1925 Ende November Tatar-Bunarer Prozeß: Anschlag auf Costa-Foru; Entgegennahme der erforderlichen Geständnisse von den Galatzer und Kischinewer Verschwörern; Massenverhaftungen in Klausenburg.

1926 Ende November: Verschwörer, Spione werden verhaftet und wieder freigelassen, damit jemand da ist, den man wieder verhaften kann; Haussuchungen in den jüdischen Gemeinden, Haussuchungen und Schließung der Gewerkschaften; mißlungenes Komplott Alexiu; Ansetzen und Wiedervertagung des Stefanoff-Prozesses.

Zu den Etatberatungen müssen auch sämtliche Geständnisse bereit sein. Die Zeit ist kurz, die Verschwörer sind hartnäckig und verstockt. Daher pflegt der „Frosch“ bei beginnendem Winter aus den

Straßenpfützen in die benachbarten Siguranzakerker zu übersiedeln. Die Geständnisse dürfen erst nachher, nachdem der Etat unter Dach und Fach gebracht worden ist, wieder zurückgenommen werden.

Und dann beginnen die parlamentarischen Winterferien und die heiligen Feiertage, die sich vom 24. Dezember bis 10. Januar ununterbrochen hinziehen. Man feiert sie und feiert den auch in diesem Jahre wiedererrungenen Erfolg und die weitere Erhöhung der geheimen und nichtgeheimen Fonds. Nach dem 10. Januar folgen die Feiertage in etwas seltenen Abständen; etwa alle acht Tage einer (außer den Sonntagen). Die Verschwörer sitzen in den Gefängnissen und dürfen auch feiern. Sie werden um diese Zeit nicht viel belästigt. Man verschont sie sogar vor der Störung, ihre Zellen zu heizen und ihnen Speise und Trank zuzuführen. Letzteres auch insbesondere deswegen, weil um diese Zeit die Gefangenen keinen Bedarf danach zu verspüren behaupten, wohl aber den Bedarf danach, den Militärrichtern keine ruhigen Feiertage zu gönnen und den Beginn ihrer Prozesse zu verlangen. Im Feiern und Vergnügen findet man das Vergessen des bösen Alltages und seiner unangenehmen Arbeit. Nach einem gefeierten Monat bedürfen die Militärrichter zumindest eines Monats der Ruhe. Merkwürdig, daß die längsten Hungerstreiks auf den kürzesten Monat fallen!

Sobald sich an den Bäumen Blatt auf Blatt zu entfalten beginnt, beginnt auch bei den Kriegsgerichten die Entfaltung der unzähligen Blätter der Anklageschriften. Nun geht es rasch vorwärts, nur noch einige Wochen wohlverdiente Ruhe nach dem Ausarbeiten der Anklageschriften und die Prozesse können beginnen.

Und dann kommt wieder der Sommer mit seiner Hitze und dann die übrigen Jahreszeiten, immer dieselben und immer in derselben Reihenfolge, und mit ihnen laufen her die Tätigkeit und die Daseinsrechtfertigung der Siguranza und Kriegsgerichte.

Eine blutige Bilanz

Dieser Tage brachte die Presse Gesamt-ziffern der Opfer des weißen Terrors der vierjährigen Periode, seit der Faschismus in Italien herrscht.

Das Resultat der ersten 2 1/4 Jahre des Faschistenregimes waren 8950 politische Gefangene in allen italienischen Gefängnissen. Da sah sich Mussolini gezwungen, veranlaßt durch die allgemeine Empörung der Arbeiter und der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, eine „Amnestie“ zu erlassen. Am 30. Juli 1925 wurden daher 1606 Personen aus den Gefängnissen entlassen. Aber schon zwei Monate nach dem Amnestieerlaß hatte die faschistische Polizei bereits 4229 Personen wieder verhaftet. Die Zahl der politischen Gefangenen erreichte Ende 1925 in allen Gefängnissen Italiens 10 445.

Das Jahr 1926 bis einschließlich Oktober lieferte folgende Resultate des weißen Terrors der italienischen Faschisten:

Bei Zusammenstößen mit der Polizei, während der Demonstrationen und der faschistischen Ueberfälle auf Arbeiterviertel wurden ermordet 43 Personen; verwundet 420 Personen. Bei Haussuchungen verhaftet und wegen politischer Delikte zur Verantwortung gezogen wurden 11 681 Personen. Während dieser Periode kamen zur Verhandlung 316 Prozesse, dabei Verurteilungen 837 zu schweren Strafen (darunter 5 Todesurteile).

Jedes neue Attentat auf Mussolini war das Signal zu einer neuen Welle des blutigsten Terrors.



Enea Sormenti

(Vittori Vidali), einer der Gründer der kommunistischen Jugend-Internationale, Führer der antifaschistischen Bewegung in den Ver. Staaten, den die Coolidge-Regierung an Mussolini ausliefern will.

So wurden von den Faschisten nach dem ersten Attentat am 5. November 1925 8 Personen ermordet, 46 Personen verwundet und 1420 Personen verhaftet.

Außerdem wurden 2142 Haussuchungen vorgenommen, 135 Zeitungen konfisziert und 130 Organisationen aufgelöst.

Das zweite Attentat am 7. April 1926 lieferte 5 Ermordete, 18 Verwundete, 2500 Verhaftete und 315 Haussuchungen.

Nach dem dritten Attentat am 11. August 1926 zählte man 2 Ermordete, 53 Verwundete, 820 Verhaftete und 1178 Haussuchungen.

Das Ergebnis des letzten Attentates auf Mussolini ist noch nicht bekannt. Wie jedoch die bürgerliche Presse mitteilt, sind in der ersten Hälfte des November in Italien 200 Personen ermordet, 600 verwundet und 11 000 Personen verhaftet worden.

Alle oppositionellen Zeitungen sind beschlagnahmt, alle Organisationen aufgelöst, die irgendwie oppositionell eingestellt sind. 128 Abgeordnete der Opposition sind aus dem Parlament vertrieben, viele sind verhaftet.

Außerdem wurde das letzte Attentat zum Anlaß genommen, die Todesstrafe für politische Vergehen einzuführen und einen Gesetzentwurf herauszubringen, der für jedes geringe politische Vergehen Strafen von 5 bis zu 30 Jahren Zuchthaus vorsieht.

Mussolinis Filialen im Ausland

Der italienische Faschismus, der die Arbeiterschaft Italiens mit allen Mitteln des Terrors niederhält und ihre Vorkämpfer blutig verfolgt, beschränkt sich in dieser Tätigkeit nicht auf Italien allein. Er streckt seine Fühler in das Ausland, organisiert faschistische Geheimverbände, sendet Spitzel und Provokateure, um die italienischen Emigranten unschädlich zu machen. In dieser Tätigkeit findet er die mehr oder weniger bereitwillige Unterstützung ausländischer „demokratischer“ Regierungen und Polizeibehörden.

Solche Fälle lassen sich berichten aus Deutschland, wo der gegen den Faschistenterror protestierende Anarchist Knoefel auf Veranlassung des italienischen Konsuls ver-

haftet wurde, während der Faschistenhäuptling Renzetti in aller Ruhe seine Tätigkeit entfalten darf, — aus der Schweiz, wo der Bundesrat das Asylrecht für italienische Flüchtlinge aufheben will, um die antifaschistische Tätigkeit zu verhindern, — aus Frankreich, wo der antifaschistischen Presse Schwierigkeiten bereitet werden, — aus der Tschechoslowakei, wo erst vor kurzem ein italienischer Emigrant verhaftet wurde. Daß in den offen faschistischen Staaten an dem Balkan, in Ungarn, Spanien, Litauen usw. die Tätigkeit der italienischen Faschisten und ihre Zusammenarbeit mit den einheimischen Gesinnungsbrüdern blüht, ist selbstverständlich.

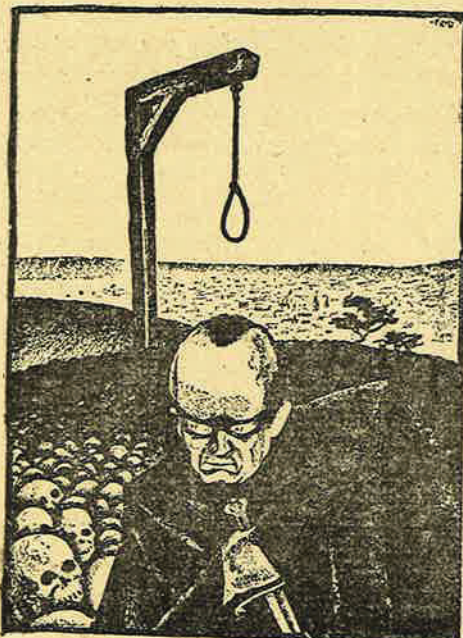
Ein ganz besonders großes Ausmaß hat die italienische faschistische Tätigkeit in den Vereinigten Staaten angenommen, wohin sich die größte Anzahl der italienischen Flüchtlinge wendet. Darum lohnt es sich, hier ausführlicher darauf einzugehen.

Es gibt in den Vereinigten Staaten italienische Faschistenorganisationen, die mit allen Mitteln des Terrors gegen die italienischen antifaschistisch gesinnten Emigranten vorgehen. Aus diesem Grunde wurde die Anti-Faschistische Allianz Nord-Amerikas und die Liga der italienischen Flüchtlinge gegründet, an deren Spitze Enea Sormenti steht. Seit langer Zeit geht der Kampf zwischen Faschisten und Antifaschisten in schärfster Form vor sich.

Der Name Enea Sormenti ist heute zu einem förmlichen Kampfruf der antifaschistischen Arbeiter geworden. Gegen ihn, der die antifaschistische Bewegung führt und Redakteur des „Il Lavoratore“ ist, hat der amerikanische Arbeitsminister Davis das Ausweisungs-Verfahren eingeleitet. Seine Deportation steht bevor.

In ganz Amerika hat dieser offene Bruch des Asylrechts unter der Arbeiterschaft ungeheure Entrüstung hervorgerufen. Es

handelt sich nicht um die Person Sormenti allein. Sein Fall soll ein Exempel sein, wie man in Amerika mit allen antifaschistischen Emigranten verfahren wird. Neben Sormenti gibt es Hunderte ähnlicher Fälle, die der Entscheidung harren. Das Schicksal unzähliger italienischer Emigranten in Amerika hängt vom Ausgang des Sormenti-Verfahrens ab.



Bilanz des Faschistenterrors



Wirkungsvolles Plakat der russischen Roten Hilfe. Die russische Aufschrift lautet: Wie die Faschisten über Revolution richten

Eine Jahresbilanz des weißen Terrors

Von Franz Rakosch.

Wenn man die Zahlen betrachtet, welche die Statistik uns über das Wüten des weißen Terrors im Jahre 1926 mitteilt, kommt man unumgänglich zum Schluß, daß eine Verschärfung und Vertiefung der Klassengegensätze und in deren Folge auch eine Verschärfung der bürgerlichen Repressalien gegen die Arbeiterklasse im allgemeinen und gegen die revolutionäre Bewegung im besonderen im Weltmaßstabe zu verzeichnen ist.

Wenn auch in einigen Ländern eine gewisse Entspannung eingetreten war (in Griechenland der Sturz Pangalos, auf eine kurze Zeit nach dem Regierungsantritt Ljaptschews in Bulgarien, während des kurzen Lebens der Demokratie in Litauen), setzte doch der Faschismus seine Offensive gegen die Arbeiterklasse während des ganzen Jahres fort. In Italien wütet der faschistische Terror in unerhörtem Maße. Primo de Rivera, der spanische Diktator, konnte seine Herrschaft nur durch den raschere Lauf der Terrormaschine halten. Pilsudski ergriff durch den faschistischen Umsturz in Polen die Macht. In der Person des Generals Averesku gelangte auch in Rumänien der Faschismus zur Staatsmacht. In der allerletzten Zeit setzte auch in Litauen ein erfolgreicher faschistischer Staatsstreich der kurzlebigen Demokratie ein Ende. In Jugoslawien und Ungarn lebte der Terror in Verbindung mit den Wahlen auf.

Auch in den sogenannten demokratischen Ländern schritt die Bourgeoisie in Verbindung mit den Wirtschaftskrisen zur Offensive und zum Terror gegen die Arbeiterklasse. Während des weltgeschichtlichen Ringens der Arbeiterklasse in England in Verbindung mit dem General- und Bergarbeiterstreik griff die Regierung des „demokratischsten“ Landes der Welt auch zur Terrorwaffe. Tausende und Abertausende Verhaftungen, das Arbeiten der Justizgillotine, faschistische und Polizei-Provokationen wurden auch hier Methoden der bürgerlichen Regierungskunst.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika waren während des Streiks der Passagier-Textilarbeiter und des Kürschner- und Damenschneiderstreiks die Zusammenstöße zwischen Polizei und Söldnern der Unternehmer einerseits und den Arbeitern andererseits an der Tagesordnung.

Die Fememordskandale in Deutschland beschäftigten während des ganzen Jahres ununterbrochen die öffentliche Meinung.

Der Befreiungskampf des chinesischen Volkes gegen die reaktionären Generale und gegen ihre Auftraggeber, die imperialistischen Mächte, forderte ebenfalls zahlreiche Opfer.

Der Kolonialterror des Imperialismus setzte auch in diesem Jahr seine Greuelthaten fort. Der Aufstand der javanischen Eingeborenen gegen die holländischen Zuckerbarone wurde mit blutigem Terror unterdrückt und schon eine Reihe Todesurteile gefällt. Der amerikanische Imperialismus rottete auf den Philippinen-Inseln den aufständischen Stamm der Moros buchstäblich aus. In Indien hetzten die englischen Sklavenhalter die Muselmanen und Buddhisten gegen einander, um sie dann gleichmäßig unter ihr blutiges Joch zu zwingen.

In den 40 Ländern, die in unsere Statistik aufgenommen wurden, wurden nach unseren bei weitem nicht vollkommenen Angaben in den ersten zehn Monaten des Jahres 1926 1673 Arbeiter und Bauern ermordet, darunter allein in Bulgarien 356. Verwundet oder schwer mißhandelt wurden 8649, darunter in England während des großen Streiks 1223 und in den Vereinigten Staaten 1326. Die Zahl der Verhafteten betrug 48 966, darunter allein in Italien 17 106, in Polen 5030, in England 4240. Die Zahl der Zeitungsverbote und Beschlagnahmen war 589, davon in Italien 226 und in Polen 106.

Die Zahlen der Klassenjustiz sind nicht weniger. Während der ersten zehn Monate des Jahres wurden 2152 politische Prozesse durchgeführt. In diesen Prozessen wurden zusammen 8093 politische Angeklagte verurteilt. Es wurden 260 Todesurteile gefällt (allein in Bulgarien 186), 111 lebenslängliche Zuchthausstrafen ausgesprochen und die übrigen Angeklagten insgesamt zu 7095 Jahren Zuchthaus und über 110 000 Dollar

Geldstrafe verurteilt. Den zweifelhaften Ruhm, auf erster Stelle zu sein, errang sich in dieser Statistik Polen, wo 2816 Jahre Zuchthausstrafe verhängt wurden.

Die Zahl der politischen Gefangenen in den Kasematten der Bourgeoisie betrug am 1. November gegen 55 000. Ueber die unmenschliche Behandlung der Gefangenen könnte man Bücher voll schreiben. Die zahlreichen Hungerstreiks beweisen die barbarische Methode des Strafvollzugs. In den zehn Monaten des Jahres wurden 70 Hungerstreiks durchgeführt, bei denen 2889 Gefangene zusammen 16 851 Tage gehungert haben. An erster Stelle stehen in dieser traurigen Statistik Polen und Rumänien.

Diese Zahlen geben gleichzeitig auch die Perspektive der bürgerlichen Regierungsmethoden für das nächste Jahr. Die internationale Bourgeoisie gelangte 1926 in eine Lage, in der sie nur noch mit der rohesten Gewalt ihre Herrschaft aufrechterhalten kann.

Ein Anti-Wohlfahrtsminister!

Der preußische Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege im Wohlfahrtsministerium läßt untenstehendes Schreiben durch den Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel an die preußischen Mitglieder des Kuratoriums der Kinderheime der Roten Hilfe versenden. Um seinen Zweck, die Unterbindung der Hilfstätigkeit des Kuratoriums für die Kinderheime zu erreichen, greift er selbst zu unwahren Angaben: Die Genehmigung zur Sammlung ist nämlich nicht versagt worden. Sein Versuch, das Kuratorium bange zu machen, scheidet an der Hilfsbereitschaft der Kuratoriumsmitglieder.

Der Polizeipräsident.

Tgb. Nr. 1774 l. 8. 26. Berlin, den 19. Januar 1927.

Mir ist bekannt geworden, dass die Rote Hilfe zu Gunsten ihrer Kinderheime Sammlungen veranstaltet. Ein von dem Kuratorium für die Kinderheime der Roten Hilfe herausgegebener Werbeauftrag ist u. a. auch von Ihnen unterzeichnet. Im Auftrage des Herrn Preussischen Staatskommissars für die Regelung der Wohlfahrtspflege in Berlin W. 8, Leipziger Strasse 3, muss ich darauf hinweisen, dass der Rote Hilfe die erforderliche Genehmigung zu dieser Sammlung ausdrücklich versagt worden ist und dass deshalb jede Mitwirkung bei der Werbetätigkeit für diese Sammlung gegen die Strafvorschriften der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 17 — Reichsgesetz-Blatt Seite 143 — verstößt. In der Annahme, dass die Unterzeichner des Aufrufs sich dessen bisher nicht bewusst gewesen sind, wird von der Einleitung eines Strafverfahrens einstweilen abgesehen. Ich lege jedoch dringend nahe, sich einer weiteren Förderung dieses Unternehmens zu enthalten.

gez. Zörgiebel.



Internationale Gewerkschaftsverfolgung

In Spanien, welches unter dem Terrorregime des Militärdiktators Primo de Rivera steht, erfreuen sich die reformistischen Gewerkschaften einer gewissen Freiheit, da ihr Generalsekretär, Largo Caballero, geradezu eine Stütze der Militärdiktatur ist. Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung hingegen wird auf das brutalste unterdrückt. Im Jahre 1922 wurde Segni, einer der besten Propagandisten der syndikalistischen Gewerkschaften, auf offener Straße ermordet. Einige der tätigsten Vorkämpfer der Roten Gewerkschafts-Internationale, Perez, Solis, Maurin, Colome, Rebul, Fremo und Rienzi, schmachten seit vielen Monaten im Gefängnis, wo sie geradezu als Geiseln festgehalten werden. Man droht, sie bei der

ihren Reihen entfernt hatte, nahm sie die beiden Henkersknechte vor kurzem wieder in die Partei auf.

In Rumänien befinden sich die Gewerkschaften in einer besonders bedrängten Lage. Als im Jahre 1923 auf dem Klausenburger Gewerkschaftskongreß die Reformisten die Spaltung der Gewerkschaften durchführen wollten, befahl der anwesende Polizeipräsident kurzerhand, daß die Gegner des Anschlusses an den Amsterdamer Gewerkschaftsbund (IGB.) den Kongreßsaal nicht mehr betreten dürften und ließ auf Grund einer vom Kongreßvorstand zusammengestellten Liste alle oppositionellen Delegierten verhaften. Das geschah in Anwesenheit des Sekretärs des IGB., J. Sassenbach, der den darauf erfolgenden Spaltungsakt wohlgefällig zur Kenntnis nahm. Es bildete sich ein reformistischer und ein einheitlicher (Unitarischer) Gewerkschaftsbund, letzterer als Spitzenorganisation der auf dem Boden entschiedenen Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften. Es ist nicht möglich, alle Fälle von Terror gegen die einheitlichen Gewerkschaften auch nur aufzuzählen, die seitdem erfolgt sind. Die Gewerkschaftsfunktionäre befinden sich fast mehr im Gefängnis als auf freiem Fuße. Mitte 1925 wurde der gesamte Vorstand der einheitlichen Gewerkschaften, der seine ordentliche Sitzung abhielt, verhaftet, und die Ge-

gewarsam geführt. Die politischen Gefangenen werden meist in der schrecklichsten Weise gefoltert, um Geständnisse von ihnen zu erpressen. Besonders heftigen Verfolgungen ist der Holzarbeiter-Verband ausgesetzt. Die Genehmigung zur Abhaltung eines Verbandstages wurde von den Behörden lange Zeit verweigert. Endlich wurde für den 4. September die Einberufung des Kongresses nach Klausenburg genehmigt. Als die Delegierten in Klausenburg zusammentreten wollten, wurde ihnen von der Polizei eröffnet, der Kongreß sei nachträglich wieder verboten worden. Den Delegierten erwachsen durch die lange vergebliche Reise Kosten im Betrage von zusammen 60 000 Lei. Diese wenigen Angaben, welche man spaltenlang fortsetzen könnte, genügen wohl, um sich über die Lage der rumänischen Gewerkschaftsbewegung ein Bild zu machen.

Nun zu Polen! Seit Ende 1924, da die Finanzsanierung auf Kosten der werktätigen Massen begann, verstärkten sich die schon vorher erfolgten Angriffe gegen revolutionär orientierte Gewerkschaften ganz erheblich. Ende 1924 wurde der Zentralverband der Bauarbeiter in Warschau, im Januar 1925 wurden die Zentralverbände der Leder- und Tabakarbeiter, im März 1925 die Zentralverbände der Handels- und Büroangestellten und der Bekleidungsarbeiter einschließlich aller Provinzabteilungen geschlossen, während gleichzeitig in den meisten Fällen die Sekretäre verhaftet, die Büros geschlossen, die Bücher und das Vermögen beschlagnahmt wurden. Nach dem Staatsstreich Pilsudskis hat eine neue, noch mehr gesteigerte Terrorwelle eingesetzt. Die Gewerkschaften der Lederarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Hutmacher und Glasarbeiter wurden dieser Tage von der Polizei geschlossen.

Walter Mau, Berlin.



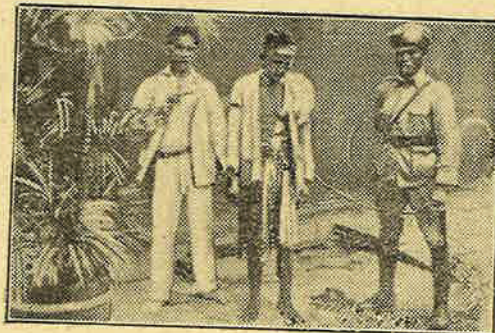
Polnisches Amnestie-Propagandaplakat in Amerika
Übersetzung des Textes:
Gebt uns unsere Väter und Mütter wieder!

geringsten revolutionären Bewegung des Proletariats zu ermorden.

Auf der Arbeiterschaft von Ungarn lastet der Fluch des Horthy-Regimes. Die sozialdemokratischen Führer, die manchmal im Ausland weinerliche Beschwerden über die Unterdrückung durch die Banditen Horthys führen, wollen damit vergessen machen, daß sie selbst den Weißen Terror herbeiführen halfen und begünstigt haben. So haben die Gewerkschaftsführer vor Jahren durch Unterzeichnung des berühmten Horthy-Paktes freiwillig auf Organisierung der Landarbeiter und Eisenbahner verzichtet. Das Greinen der Sozialdemokraten über die Auflösung oder Nichtanerkennung von 53 Ortsgruppen des Landarbeiter-Verbandes im Jahre 1925 ist also die reine Heuchelei.

In geradezu ungeheuerlicher Weise tobt sich der Weiße Terror auf dem Balkan aus. In Bulgarien wurde unter der Henkerregierung Zankoffs versucht, die revolutionäre Arbeiterbewegung geradezu physisch, durch Ermordung aller revolutionären Gewerkschaften, auszurotten. Die roten Gewerkschaften wurden verboten, ihre Büros geschlossen, ihre Zeitungen vernichtet. Die heutige Liaptscheff-Regierung unterscheidet sich nicht sehr wesentlich von ihrer Vorgängerin. Aber die ganz geringe Milderung der Verfolgungen genügt dieser herrlichen, kampierproben bulgarischen Arbeiterschaft, um sich nach und nach wieder aufzurichten. Es entstanden die Unabhängigen Gewerkschaften, welche heute wieder unbestritten die gewaltige Mehrheit des bulgarischen Proletariats umfassen. Die Sozialdemokratische Partei war in der Zankoff-Regierung durch Kazassoff vertreten und der das Mordsystem Zankoffs deckende Bruder dieses Henkers selbst gehörte ihrer Partei auch an. Nachdem die Sozialdemokratische Partei diese zwei für eine kurze Zeit aus-

nossen mußten erst durch siebzehntägigen Hungerstreik ihre Freilassung erwirken. Genosse Koloman Müller, der Vorsitzende des Einheitlichen Gewerkschaftsbundes, wurde wegen „Aufreizung gegen die Staatsgewalt“ zu einem Jahr Gefängnis und 5000 Lei Geldstrafe verurteilt, weil er sich geweigert hatte, in Temesvar an einer Empfangfeier für den König teilzunehmen. In Ploesti wurden vor kurzem 700 Metall- und Petroleumarbeiter, die an ihrer statutenmäßig festgesetzten und behördlich genehmigten Generalversammlung teilnahmen, kurzerhand verhaftet. Ebenso verhaftete man in den letzten Wochen alle Teilnehmer



Zu den Kämpfen auf Java
Transport eines gefangenen revolutionären Arbeiters ins Gefängnis

einer Funktionärversammlung des Einheitlichen Verbandes der Buchdrucker von Bukarest. Als die Teilnehmer einer im gleichen Hause stattfindenden Metallarbeiterversammlung gegen diesen Willkürakt eine Protestresolution annahmen, wurden sie alle, 500 an der Zahl, in Polizei-

Abzeichen der Mopr



Altes Abzeichen der russischen Roten Hilfe, das heute von der RHD. als Auszeichnung für besonders tätige RH-Funktionäre verliehen wird.



Neues Abzeichen.
Emailleplatte, Tuch und Schrift ist rot.

Benutzt für Eure Postkartengröße eine

Hoelzpostkarte

Preis 10 Pfg.

Entlarvte Spitzel und Betrüger



Fred Balzer,
genannt „Graf von Hohenthal“, Spitzel
und Provokateur im Rheinland.

Solange es eine revolutionäre Arbeiterbewegung gibt, versuchen Spitzel, Provokateure und Betrüger in diesen Organisationen Fuß zu fassen. Meist scheitern ihre unsauberen Absichten an der Wachsamkeit und dem proletarischen Instinkt der politisch geschulten Arbeiter. Und doch gelingt es diesen bezahlten Söldlingen eines korrupten Systems immer wieder, ehrliche Proletarier dem Klassenrichter auszuliefern und mit Erfolg Betrugsmanöver durchzuführen. In den meisten Fällen erkennen die genasführten Genossen zu spät das wahre Gesicht eines solchen Subjekts und verfallen obendrein noch in den Fehler, aus falscher Scham oder verkehrter Rücksichtnahme den Reinfall totzuschweigen.

In erster Linie muß man versuchen, ein solches Individuum zu photographieren. Abzüge der Aufnahme, mit dem bekannten Namen und sonstigen ins Gesicht fallenden Merkmalen, die genau zu spezialisieren sind, müssen unverzüglich an die Presse und zentrale Leitung weitergegeben werden. Dann ist es oft ein Leichtes, den Spitzel oder Betrüger bei der nächsten Gelegenheit abzufassen.

In Nachfolgendem wollen wir einen Fall schildern, in dem nur durch die Wach-

samkeit eines Genossen ein Betrüger und Spitzel entlarvt und Genossen vor dem Gefängnis bewahrt blieben.

Ende Juni 1926 tauchte in Siegen i. Westfalen ein Individuum auf und versuchte durch allerlei Erzählungen die Genossen für sich einzunehmen. Er gab an, Franzose zu sein und in Nancy studiert zu haben. Zum Militärdienst ausgehoben, sei er dann — nachdem ihm bekannt geworden ist, daß sein Regiment nach Marokko eingeschifft werde — fahnenflüchtig geworden. Ueber die Schweiz wäre er nach Deutschland gekommen, dann sei er Kommunist und seine Gesinnung als solche verbiete es ihm, sich an dem imperialistischen Morden zu beteiligen. Er rühmte sich allerlei Beziehungen zu bekannten Führern der KPD. und der RH. und wußte sehr gut über interne Vorgänge innerhalb der Partei Bescheid. Er sprach fließend französisch und englisch, deutsch sprach er nach Art eines Ausländers. Infolge seines sicheren und gewandten Auftretens gelang es dem angeblichen Franzosen, der sich den Namen Henry de Bernhard zugelegt hatte, die Genossen für sich einzunehmen. Alle Warnungen eines aus politischer Haft dort anwesenden Genossen nützten nichts. Die Mehrzahl der Genossen war felsenfest von der Echtheit des angeblichen Franzosen überzeugt. Sie waren um so überzeugter, als sogar die Siegener Polizei den angeblichen Henry de Bernhard „offiziell“ suchte.

Henry de Bernhard, dem angeblich der Boden in Siegen zu unsicher wurde, wandte sich nach Niederschelden bei Siegen. Inzwischen hatte der in Urlaub befindliche Genosse die Bezirksleitung in Düsseldorf benachrichtigt, da Henry de Bernhard die Absicht hatte, das Feld seiner Tätigkeit nach dort zu verlegen. Anscheinend hatte er Witterung bekommen, denn auf einmal wurde laut, daß die Bonner Polizei ihn verhaftet hätte. Tatsache ist, daß man den angeblichen Henry de Bernhard in Bonn verhaftete. Aber nun kommt es: Auf Ersuchen der Kölner politischen Polizei ließ man ihn wieder laufen. Und nun kommt das dicke Ende: Auf Grund der Spitzelangaben des angeblichen Henry de Bernhard wurden in Siegen zwei Genossen verhaftet. Der in Urlaub befindliche Genosse wurde zu Protokoll vernommen und, man höre und staune, der angebliche Henry de Bernhard wollte festgestellt haben, daß in Siegen eine Paßfälscher-Zentrale der KPD, sei, und der in Urlaub befindliche Genosse und ein Genosse G. sollten Leiter derselben sein. Beamte der Kölner politischen Polizei kamen nach Siegen. Die Zweigstelle der IA wollte nach berühmten, vorbildlichen Jürgens-Methoden eine große Sache aufziehen. Man erlitt einen kläglichen Reinfall. Der in Urlaub befindliche Genosse setzte sich sofort mit Köln in Verbindung, nachdem er festgestellt hatte, daß der Weizen des angeblichen Henry de Bernhard auch dort geblüht hatte. In Verbindung mit dem Bezirksleiter der Friedensgesellschaft in Siegen stellte der Genosse fest, daß Henry de Bernhard auch die Friedensgesellschaft in Köln begaunert hatte und sogar die Rote Hilfe in Köln um 15 Mark prellte. Von Köln aus wurde dann festgestellt, daß Henry de Bernhard bereits unter dem Namen Geck in Magdeburg, Stendal und Königsberg i. Ostpr. allerlei Schwindeleien verübt hatte. Der angebliche Henry de Bernhard ist gebürtiger Badenser und sein richtiger Name ist Karl Gehle, wohnhaft in Köln, Severinstr. 106 III. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß Karl Gehle alias Henry de Bernhard vom Kölner Meldeamt nicht in den Listen geführt wird und daß er trotz Anzeige der Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Köln, sich immer noch auf freiem



Geck, Henry,
alias Karl Gehle, geb. 1. 8. 03, falsche
Geburtsangabe 25. 2., Spitzel und
Betrüger. U. a. brandschatzte er auch
die Kölner Friedensgesellschaft.

Fuß befindet. Ferner wurde festgestellt, daß der saubere Henry de Bernhard zu jenem Kranz von „Ehrenmännern“ gehört, die im Jahre 1925 den „Grafen von Hohenthal“ alias Fred Balzer umrahmten. Letzterer stand im Dienste der Kölner politischen Polizei und bezog große Summen aus dem Korruptionfonds, die damals reichlich flossen. Hohenthal alias Balzer standen einige Subjekte zur Seite, zu diesen gehörte ebenfalls Henry de Bernhard. Hohenthal mußte das Feld räumen, nachdem man ihn entlarvte; für die „Untervigilanten“ blieb das Geld aus und sie selbst auf der Strecke. Henry de Bernhard machte den „Dreh“ nun ebenso: Aus Kenntnis der Organisationen, die er früher „auftragsgemäß“ bearbeitete, schlägt er Kapital, indem er die Funktionäre um Geld usw. begaunert und gegebenenfalls „Berichte“ an die Zweigstellen der IA liefert. Darum, Genossen, Augen auf und äußerste Vorsicht! Seht euch die Leute genau an und prüft sie auf Herz und Nieren. Laßt euch nicht einfangen durch allerlei Räubergeschichten, die nur erzählt werden, um Mitleid zu erregen. Und vergeßt nicht, bei derartigen Vorkommnissen die Presse und zentrale Leitung zu benachrichtigen. Eure Vergeßlichkeit kann nicht nur der Organisation Schaden bringen, sondern auch ehrlichen Klassenkämpfern hint- Zuchthausmannern.



Schujek, Laslo,
alias Paul Kollosch, internationaler Schwindler,
reist mit Ausweis der Vagy-Partei.



Weiß, Zoltan,
internationaler Schwindler, gibt sich als
ungarischer Redakteur aus.

Besuch der Schweizer R.H.-Genossen im Zentralgefängnis Kottbus

Ein schöner Akt internationaler Solidarität

Von Walter Krämer

Als vor einigen Monaten aus der Schweiz die Nachricht in unsere Kerkereinsamkeit drang, daß die kleine Rote Hilfe der Schweiz die Patenschaft über unsere politische Abteilung übernommen hätte, schlugen unsere Herzen höher. Der Gedanke, daß über die engen nationalen Grenzen hinweg die prole-



Walter Krämer wurde vor einigen Tagen aus Kottbus beurlaubt; Entscheidung über seinen Straferlaß schwebt noch.

tarische Solidarität marschiert, — daß unsere Klassengenossen in der Schweiz sich uns verbunden fühlen, erfüllte uns mit einem eigenen Frohgefühl, bestärkte uns in der Gewißheit, daß aller Reaktion zum Trotz das Band der internationalen Solidarität, des gemeinsamen Kämpfens und Wollens fester und inniger wird, daß der Tag näher und näher rückt, an dem die Ausgeplünderten der Welt die Ketten sprengen und auf den Trümmern dieses verrotteten Systems den Sozialismus aufbauen werden.

Als Zeichen unsorer brüderlichen Liebe und innigen Verbundenseins sandten wir den Schweizer Genossen ein selbstgefertigtes Bild mit der Aufschrift „Die proletarische Solidarität, die IRH., wird unsere Ketten sprengen!“

Das „Fest der Liebe“ rückte näher und näher. Die Schweizer Genossen teilten uns mit, daß sie eine Winterhilfsaktion durchführten, deren Ertrag unseren Frauen und Kindern und den politischen Gefangenen des polnischen Kerkers Wronki und ihren Angehörigen zugute kommen sollte.

Zwei Tage vor dem „Fest der Liebe“ erhielten wir die erfreuliche Nachricht, daß einige Schweizer Genossen persönlich zu uns kommen wollten, um uns persönlich die Grüße der Schweizer Genossen zu übermitteln. Wie ein Lauffeuer ging die Kunde

von Zelle zu Zelle und löste helle Begeisterung aus. Und als dann die Schweizer Genossen in Gemeinschaft mit dem Genossen Menzel uns begrüßten, als der Genosse Trostel von der Schweizer RH. mit kurzen Worten den Zweck seines Kommens erklärte und uns die brüderlichen Grüße der Schweizer Arbeiterschaft übermittelte, da erstrahlten die Augen der Genossen voller Kampfesmut und Siegeszuversicht. Vier „Feste der Liebe“ erlebte ich hinter diesen Mauern der Niedner-Justiz — — keins machte einen solch nachhaltig tiefen Eindruck auf mich wie diese gemeinsamen Augenblicke des inneren Verbundenseins, als der Schweizer Genosse in schlichten einfachen Worten uns von der proletarischen Solidarität der Werktätigen des Schweizer Proletariats erzählte. Anschließend an die Ausführungen des Genossen Trostel überreichten uns die Schweizer Genossen ihre proletarischen Liebesgaben. Dann gings ans Erzählen. Ein Hin und Her in Fragen und Antworten — Genosse Maslowski dankte den Schweizer Genossen im Namen aller Genossen in einer kleinen Ansprache.

Allzu kurz war die Zeit des Beisammenseins, wir mußten Abschied nehmen und in unsere engen Zellen zurückkehren. Aber mit uns ging ein Stück Erleben, das uns vergessen ließ, daß enge, dicke Kerkermauern uns gefangen hielten. Wir fühlten uns verbunden mit den Millionen draußen, die unermüdlich werken und wirken, um die Ketten zu sprengen, mit denen ein fluchbeladenes System die um ihre Befreiung kämpfende Arbeiterklasse gefangen hält.

So sehr wir uns über die materiellen Gaben der Schweizer Genossen freuten, so spielten sie doch eine untergeordnete Rolle. Ueber alledem stand leuchtend und erhebend der ideelle Gehalt, der tiefere Sinn der proletarischen Solidarität und Brüderlichkeit der Schweizer Werktätigen. Das persönliche Mitfühlen, das einende Wollen, die brüderliche Liebe, — die Kampfgemeinschaft über enge nationale Grenzen hinweg.

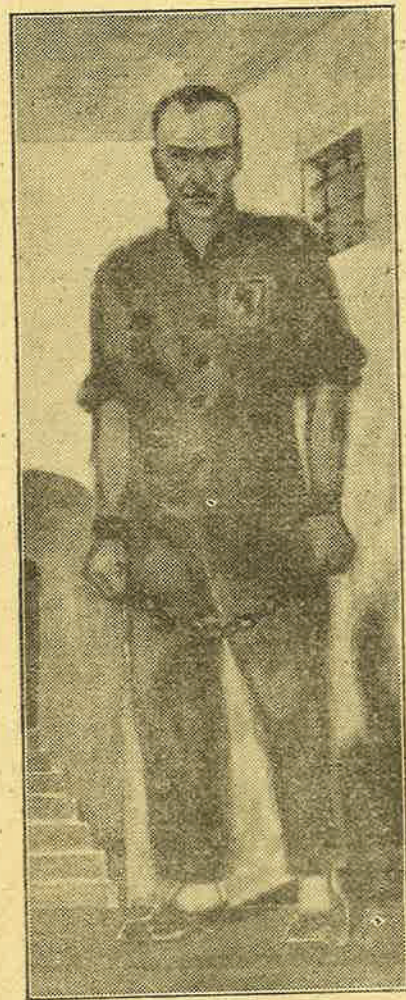
Millionen schüttelten die Ketten des imperialistischen Joches ab, Millionen kämpfen und ringen, um dasselbe Ziel zu erreichen. Und aus dem Dunkel der Vergangenheit, der schwärzesten Reaktion der Gegenwart ersteigt sieghaft und leuchtend die schöpferische Liebe der Ausgeplünderten, das proletarische Verbundensein der Entrechteten, eint sie zum Kampf gegen diese bankrotte Gesellschaftsordnung, die sich hohnvoll eine „christliche“ nennt.

Und so war uns dieser Akt der proletarischen Solidarität unserer Schweizer Brüder ein leuchtendes Fanal, war uns Ansporn, den Willen zum Kampf zu stählen, das Rüstzeug zu schmieden für den Kampf gegen dieses korrumpierte System.

Euch aber, die Ihr draußen in der Freiheit manchmal verzweifelt, Euch aufreibt in Kleinheiten und Flachheiten, Euch soll dieses

kleine Erleben hinter Kerkermauern anspornen zu neuem Kampf. Es soll Euren Willen stärken, allen Gewalten zum Trotz auszuharren, neue Kämpfer zu werben. Es soll Euch sagen, daß die „Liebe“, welche kapitalistische Pfaffenknechte predigen, Lüge ist, daß der schöpferischen Liebe und Solidarität, die die IRH. in sich vereinigt, eine unbesiegbare Kraft innewohnt.

Der Kampf gegen die unmenschliche Klassenjustiz in den christlichen Kulturländern ist ein Teilkampf der um ihre Befreiung ringenden Arbeiterklasse. Und wenn auch der weiße Terror in den kapitalistischen Ländern blutige Triumphe feiert, wenn auch Tausende Brüder in den Kerkern der Bourgeoisie nach Freiheit hungern: so wird doch allen Gewalten zum Trotz bindende Not,



Der Getangene. Gemälde von Heinrich Vogeler.

geschichtliches Muß und einendes Wollen dieses verlogene System zertrümmern!

Darum: Hinein in die Rote Hilfe! Werbt Kämpfer und Kämpferinnen, damit diesem unmenschlichen Justizterror ein Halt entgegengesetzt wird. „Die proletarische Solidarität, die IRH., wird unsere Ketten sprengen!“

Treff Vorbereitungen für den 18. März, den Internationalen Roten-Hilfe-Tag!

Die Rechte der Untersuchungsgefangenen

Das Wichtigste aus den neuen gesetzlichen Bestimmungen

Am 27. Dezember vergangenen Jahres sind neue Bestimmungen zur Strafprozeß-Ordnung erlassen worden. Auf Grund dieses Gesetzes sind einige Aenderungen eingetreten, die hier kurz zusammengefaßt werden sollen.

Jedoch soll heute und in diesem Zusammenhang auf eine politische Wertung der Reformen verzichtet, nur informativ sollen die gesetzlichen Bestimmungen erläutert werden.

1. Dem Verhafteten müssen die Haftgründe und die zur Last gelegte Straftat sofort bekanntgegeben werden.

Die Verhaftung erfolgt nur auf Grund eines richterlichen Haftbefehls. In diesem ist die zur Last gelegte strafbare Handlung und der Grund zur Verhaftung anzugeben. Dem Angeschuldigten ist möglichst gleich bei der Verhaftung der Grund anzugeben. (Das Gesetz ist hier wiederum so weitmaschig formuliert, daß jeglicher Willkür Tür und Tor geöffnet ist). Der Angeschuldigte ist berechtigt, eine Abschrift des Haftbefehls zu fordern, sie muß ihm erteilt werden. Nach der neuen Regelung muß er auf diesen Anspruch hingewiesen werden. Falls ausnahmsweise die Bekanntgabe des Inhalts des Haftbefehls bei der Verhaftung nicht erfolgt, so muß ihm jedenfalls vorläufig mitgeteilt werden, welcher strafbaren Handlung er verdächtigt wird. Die Bekanntgabe des Inhalts des Haftbefehls in seinem vollen Umfang muß in diesem Fall unverzüglich nachgeholt werden.

2. Der Verhaftete hat das Recht, seine Angehörigen und andere Personen von seiner Verhaftung zu benachrichtigen.

Dem Verhafteten muß Gelegenheit gegeben werden, seine Angehörigen und andere Personen, an deren Benachrichtigung er ein wesentliches Interesse hat, von seiner Verhaftung zu informieren. Die Benachrichtigung braucht jedoch nicht gewährt werden, wenn der Zweck des Untersuchungsverfahrens dadurch gefährdet werden kann.

Auf Verlangen des Verhafteten muß die Benachrichtigung von Amts wegen erfolgen.

3. Der Verhaftete hat das Recht, schleunigst dem Richter vorgeführt und beschleunigt vom dem Richter vernommen zu werden.

Der Verhaftete muß unverzüglich, spätestens jedoch am Tage nach der Verhaftung, dem zuständigen Richter vorgeführt werden. Der Richter muß den Verhafteten unverzüglich, spätestens jedoch am nächsten Tag, über den Gegenstand der Beschuldigung vernehmen. Der Richter muß den Verhafteten auf die ihn belastenden Umstände hinweisen und ihm so Gelegenheit geben, die Verdachtsgründe zu beseitigen, und Tatsachen geltend zu machen, die ihn entlasten. Wenn der Verhaftete am Tage nach der Ergreifung dem zuständigen Richter nicht vorgeführt werden kann, so muß er, wenn er es verlangt, unverzüglich, spätestens jedoch am Tage nach seiner Verhaftung dem nächsten Amtsrichter vorgeführt werden,

der ihn in derselben Weise wie der zuständige Richter zu vernehmen hat. Ergibt die Vernehmung durch den Richter (zuständigen Richter oder Amtsrichter), daß der Haftbefehl, der der Verhaftung zugrunde liegt, bereits aufgehoben war, oder daß der Verhaftete nicht die im Haftbefehl bezeichnete Person ist, so muß der Verhaftete sofort freigelassen werden.

4. Der Verhaftete kann gegen die Verhaftung Einspruch erheben.

Erfolgt die Verhaftung wegen eines „Verbrechens“ oder „Vergehens“ im Sinne des Strafgesetzbuches, so muß, wenn der Angeschuldigte es beantragt, eine mündliche Verhandlung darüber stattfinden, ob der Haftbefehl aufrechterhalten, aufgehoben werden soll, oder ob der Verhaftete gegen Kautions auf freien Fuß zu setzen ist. Ohne Zustimmung des Angeschuldigten darf der Termin zu dieser mündlichen Verhandlung nicht später als eine Woche, nachdem der Verhaftete den Antrag auf Verhandlung gestellt hat, anberaumt werden. Ist in der Verhandlung die Aufhebung des Haftbefehls abgelehnt worden, so kann der Verhaftete unter Beifügung weiterer Gründe später einen neuen Antrag auf Anberaumung der oben geschilderten Verhandlung stellen.

Der Verhaftete kann auch, wie es bisher schon üblich war, einfach Beschwerde gegen den Haftbefehl erheben.

Ueber eine solche Beschwerde wird jedoch ohne mündliche Verhandlung entschieden.

Bei Verhaftungen wegen „Uebertretungen“ im Sinne des Strafgesetzbuches (leichteste Verstöße gegen das Strafgesetzbuch, die mit einer Polizeistrafe bis zu 150 Mark oder Haftstrafe bis zu 6 Wochen „geahndet“ werden) steht nur die Beschwerde zu.

Bei der Verhaftung und bei der Bekanntgabe des Haftbefehls muß der Angeschuldigte auf die ihm zustehenden Rechtsmittel gegen den Haftbefehl hingewiesen werden.

5. Das Gericht hat die amtliche Verpflichtung, die Aufrechterhaltung oder Aufhebung des Haftbefehls nachzuprüfen.

Auch wenn der Verhaftete von sich aus keinen Einspruch gegen seine Verhaftung einlegt, wie sie unter Abs. 4 in diesem Ar-

tikel geschildert worden ist, muß das Gericht von sich aus und von Amts wegen von Zeit zu Zeit die weitere Berechtigung des Haftbefehls nachprüfen und zwar zum erstenmal, wenn die Untersuchungshaft zwei Monate überschritten hat.

Ergibt die Prüfung, daß der Angeschuldigte nicht freizulassen ist, so muß zugleich festgesetzt werden, wann die Nachprüfung zu wiederholen ist. Diese Nachprüfungsfrist darf jedoch drei Monate nicht überschreiten. Das Gericht muß in diesem amtlichen Nachprüfungsverfahren, bevor es entscheidet, den Angeschuldigten oder ev. seinen Verteidiger hören.

6. Der Angeschuldigte hat das Recht, bei dem Haftbefehl-Nachprüfungsverfahren sich einen Verteidiger beordnen zu lassen.

Von jeder mündlichen Verhandlung, in der die Aufrechterhaltung oder Aufhebung des Haftbefehls nachgeprüft werden soll, muß der Angeschuldigte oder sein Verteidiger rechtzeitig vorher benachrichtigt werden. Zu diesem Termin muß der Angeschuldigte, wenn er nicht ausdrücklich darauf verzichtet oder durch Krankheit, Entfernung oder andere nicht zu beseitigende Hemmnisse verhindert ist, vorgeführt werden. Geschieht diese Vorführung nicht, so muß ein Verteidiger seine Rechte in der Verhandlung wahrnehmen. Hat der Angeschuldigte selbst keinen Verteidiger gewählt, so muß ihm ein solcher von Amts wegen beigeordnet werden. Dauert die Untersuchungshaft bereits drei Monate, so muß dem Angeschuldigten für diesen Termin im Haftbefehls-Nachprüfungsverfahren auch dann ein Verteidiger beigeordnet werden, wenn er selbst anwesend ist.

7. Verhandlung im Prüfungstermin.

In der Verhandlung sind der Angeschuldigte, sein Verteidiger und der Staatsanwalt zu hören. Es wird ein Protokoll aufgenommen; die Art und der Umfang der Beweisaufnahme, bei der es sich nur um die Frage der Aufrechterhaltung oder Aufhebung des Haftbefehls handelt, bestimmt das Gericht. (!) Am Schluß dieser Verhandlung, spätestens jedoch in einer Woche, hat das Gericht die Entscheidung über Aufhebung oder Aufrechterhaltung des Haftbefehls zu verkünden.

Die Vertagung des 2. Reichskongresses

Der Zentralvorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den 2. Reichskongreß der RHD. endgültig für den 14. und 15. Mai 1927 nach Berlin einzuberufen.

Die Tagesordnung, wie sie bereits in der Dezember- und Januarnummer des „Roten Helfer“ veröffentlicht worden ist, bleibt bestehen. Nähere Anweisungen wird der Zentralvorstand rechtzeitig ergehen lassen.

RHD.
Generalsekretariat.

An alle Bezirks- und Ortsgruppenvorstände der RHD.

Wir machen die Genossen darauf aufmerksam, daß bei Eingaben an Reichs- und Landesparlamente, so wünschenswert sie auch sind, nur dann auf Erfolg gerechnet werden kann, wenn sie gleichzeitig auch dem Mitglied des Zentralvorstandes der Roten Hilfe, Genossen Gustav Menzel, Berlin, Preußischer Landtag, Prinz Albrechtstr. 5, eingesandt werden.

Wir bitten die Genossen, von dieser Mitteilung allgemein Kenntnis zu nehmen,

„Sammelt für den Hoelfonds für Wiederaufnahmeverfahren!“

Der Austausch politischer Gefangener aus Lettland nach Sowjet-Rußland

Am 31. Dezember 1926 kam eine Gruppe politischer Gefangener aus Lettland in Moskau an, die auf der Grenze Sebesch ausgetauscht worden waren. Sie wurden an der Grenze von Vertretern des NKID (Volkskommissariat des Äußeren) und vom Z. K.

komitees und des Z. K. der Mopr, sowie von den in Moskau wohnenden lettischen Bürgern und anderen begrüßt. Die Genossen Weßmann und Brese erwiderten die Begrüßung im Namen der Ausgetauschten. Nach Beendigung des Meeting

das Exekutivkomitee der Mopr und erzählte alle Einzelheiten ihrer Befreiung aus den Kerkern Lettlands:

„Am Abend des 28. Dezember“, erzählte der ehemalige Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Lettlands, **Genosse Martin Brese**, „wurden wir ganz unerwartet, einige Stunden vor Abgang des Zuges, aus unseren Zellen geführt und in Reih und Glied vor dem Gefängnis aufgestellt. Vom bevorstehenden Austausch war uns nichts bekannt. Eine starke Eskorte von Polizisten, Geheimagenten und Militärabteilungen umzingelte uns und brachte uns an die Bahn.“

Im ganzen sind 63 Personen mit ihren Familien und Kindern angekommen, darunter 47 politische Gefangene. Unter den Ausgetauschten sind die Hälfte Jugendliche, die übrigen sind Mitarbeiter der Gewerkschaftsbewegung Lettlands. Eine besondere Gruppe bilden die Mitarbeiter des Rigaer Zentralbüros der Gewerkschaften. Der Vorsitzende des Büros, **Genosse Jans Weßmann**, der stellvertretende Vorsitzende **Genosse Brese** und andere.

Diese Gruppe wurde im Jahre 1924 unter der Anklage einer Organisierung eines Streiks der Holzarbeiter und Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei verhaftet. Die Verhafteten wurden zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, von denen sie fast 2½ Jahre im Gefängnis verbracht haben. Die übrigen politischen Gefangenen waren zu verschiedenen Strafen — vier bis sieben Jahren Zuchthaus — verurteilt. (In Prozessen gegen die Gewerkschaften der Stadt Windawa, Sport, Kultur- und Jugendorganisation Lettlands.)

Der Gesundheitszustand der meisten Ausgetauschten ist so ungünstig, daß die Mopr schnellstens Maßnahmen getroffen hat, ihnen eine Erholungsmöglichkeit zu bieten. Einige der politischen Gefangenen sind während der Verhöre solchen Folterungen ausgesetzt gewesen, daß sie zu Krüppeln wurden, und auf Bahren getragen werden müssen.

Eine der 13 ausgetauschten Frauen, die 22 jährige jugendliche Arbeiterin **Lerzapur**, die wegen Verbreitung kommunistischer Literatur zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, bekam eine Lähmung der Beine. Die 25 jährige **Dangouss** wurde beim Verhör wahnsinnig.

In diesem Zustand erschien sie vor Gericht und wurde trotzdem zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.



Austausch der politischen Gefangenen Lettlands an der sowjetrussischen Grenzstation Sebesch

der Mopr, sowie anderen Organisationen aus der Provinz begrüßt.

In Moskau war auf dem Bahnhof ein fliegendes Meeting. Dabei wurden die Ausgetauschten von den Vertretern des Exekutiv-

begaben sie sich in das Emigrantenheim der Mopr, wo ihnen Zimmer zur Verfügung gestellt wurden.

Am folgenden Tage besuchte eine Delegation der lettischen politischen Emigranten

Was proletarische Gefangene nicht lesen dürfen

An eine Reihe Genossen, die zur Zeit in der Gefängnisanstalt Waldheim i. Sa. die ihnen zudiktierte Freiheitsstrafe verbüßen, versandte das Generalsekretariat der Roten Hilfe Deutschlands Anfang des Monats Januar Drucksachen-Rollen, in denen folgenden Lesematerial enthalten war:

1. Zwei Broschüren aus der Schriftenreihe „**Dokumente der Einheit**“: **Fred Bramley**, Warum müssen wir uns mit den Russen vereinigen? — **Tomski**, Offizieller Briefwechsel zwischen Amsterdam und Moskau. Beide Schriften stellen rein gewerkschaftliches Informationsmaterial dar.

2. „**Der Atheist**“, Dezemberrummer 1926 und Januarnummer 1927. Es handelt sich hier um das Organ der „**Gemeinschaft Proletarischer Freidenker**“, die sich jetzt mit dem Verein **Freidenker für Feuerbestattung** vereinigt hat.

3. „**Der Rote Helfer**“, Dezemberrummer 1926, Januarnummer 1927.

4. „**Arbeiter-Illustrierte-Zeitung**“ Nr. 25.

5. „**Volk und Zeit**“, Illustrierte Wochenschrift, Beilage der sozialdemokratischen Tagespresse.

Umseitig veröffentlichen wir die Photographie einer Paketadresse eines zurückgekommenen Päckchens. Die Annahme wurde von der Gefängnisverwaltung verweigert, nicht etwa vom Adressaten.

Die Gefängnisverwaltung glaubt das Recht zu haben, gewerkschaftliches Material wie auch die Zeitung einer Freidenkerorganisation glatt zu verbieten, trotzdem gewiß jedes Traktätchen von irgendeiner Kirchengemeinde vorbehaltlos den Gefangenen zugestellt wird. Das sich die Gefängnisverwaltung auch anmaßt, das Organ der Roten Hilfe Deutschlands, den „**Roten Helfer**“, zu verbieten, die Zeitung einer Organisation, die die Gefangenen unterstützt und mit ihnen in dauernder Verbindung steht, setzt allem die Krone auf. Die Verweigerung der

Annahme der „**Arbeiter-Illustrierten**“, die in jedem Zeitungskiosk und auf allen Bahnhöfen erhältlich ist, ist völlig widersinnig und kann nur von einem beschränkten Polizistengehirn ausgebrütet werden. Die Annahmeverweigerung von „**Volk und Zeit**“ erinnert an die Zeit, da sozialdemokratische Presseerzeugnisse noch der Beschlagnahme unterlagen. Oder sollte die Annahmeverweigerung von „**Volk und Zeit**“ nur aus Unkenntnis geschehen sein?

Kurz vor Redaktionsschluß treffen dieselben Sendungen, die wir an die Gefangenen der Strafanstalt Wartenburg i. Ostpr. gerichtet hatten, ebenfalls wieder bei uns ein. Wir werden dem Preußischen Justizministerium Gelegenheit geben, die Originalsendungen einzusehen und zu der Verweigerung der Annahme der Sendungen Stellung zu nehmen. Die Organisation der Freidenker, deren Organ ebenfalls der Verweigerung der Annahme verfiel, wird nicht umhin können, sich dieser Sache anzunehmen.

Schon auf der Tagung der Freidenker im Herbst 1916 wurde ja die Forderung aufgestellt, daß neben der konfessionellen Betätigung in den Strafanstalten auch die Freidenkerorganisationen zugelassen werden müssen. Das Verbot des „Atheist“ wird Gelegenheit geben, diese Frage grundsätzlich zur Klärung zu bringen.

Wieder Rote-Hilfe-Broschüren beschlagnahmt

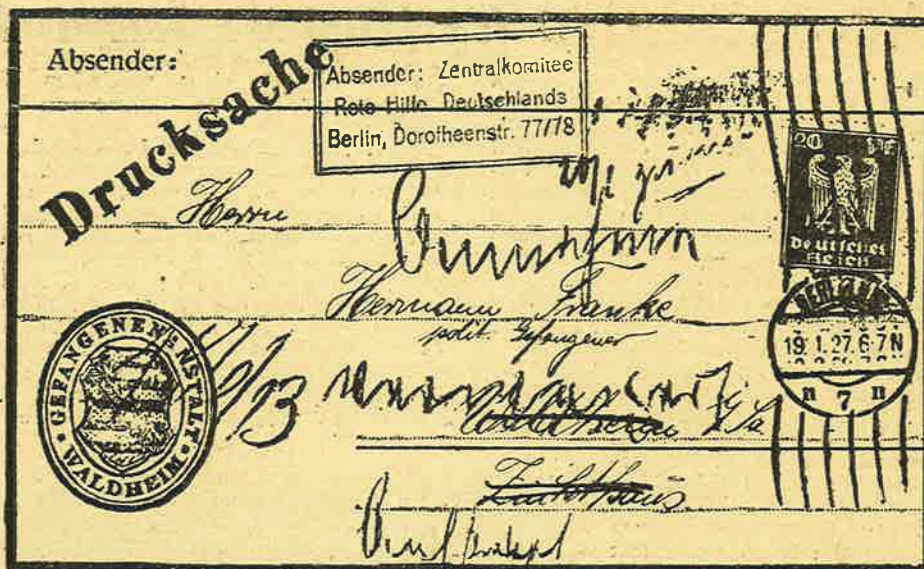
In München wurden im Dezember die vor kurzem erst erschienenen Broschüren

Felix Halle, „Anklage gegen Justiz und Polizei“ und „Wer ist's?“

vorläufig beschlagnahmt.

Da das Hallesche Werk die Schandtaten bayerischer Staatsanwälte aufdeckt, ist es kein Wunder, daß diese eifrig nach diesem Buch fahnden, während Fememörder frei herumlaufen können.

Die Broschüre „Wer ist's?“ zeigt den S. P. D.- und parteilosen Arbeitern die große Gefahr, die ihnen von der Klassenjustiz droht. So etwas ist natürlich in Bayern nicht erlaubt.



Organisationsfragen der Roten Hilfe Deutschlands

Von Paul Kamp, Chemnitz

Im „Roten Helfer“ vom November 1926 werden die Funktionäre aufgefordert, sich mit Diskussionsbeiträgen zur Frage der Umorganisation der Ortsgruppen zu Betriebszellengruppen zu äußern. Ich bin Funktionär der

Der 18. März

ist der internationale Rote-Hilfe-Tag, der von allen Roten Helfern gut vorbereitet werden muß. Mit Demonstrationen, Gedächtnisfeiern, Kranzniederlegungen an den Gräbern der Opfer, Theateraufführungen muß dieser Tag der Opfer des internationalen weißen Terrors begangen werden. In diese Zeit, vom 14. bis 20. März, fällt auch die **Werbeweche** der Roten Hilfe.

Roten Hilfe, Chemnitz und z. Zt. im Betrieb tätig. Ich erlaube mir, zu dem Artikel vom Genossen Schönhaar in „Mopr“ Nr. 1 Stellung zu nehmen.

Der Genosse Schönhaar stellt die Analyse auf, die Ortsgruppenorganisation sei an der Grenze ihrer Entwicklung angekommen. In einem weiteren Abschnitt betont Genosse Sch., es sei ausdrücklich die Erweiterung der Organisationsbasis gesagt, statt Umstellung.

Ich möchte betonen, wenn man jetzt in der Roten Hilfe durch Theoretiker und Redekünstler, die ihre Weisheit aus der Praxis anderer, aus den Berichten anderer Organisationen hernehmen und sagen, die Rote-Hilfe-Ortsgruppen können nicht erweitert werden und dabei weder Zahlen noch Mitgliederstand und Einnahmen an Beiträgen angeben, so beweist dies nur, daß sie unzufrieden mit dem Ergebnis der Amnestie-, Gefängnisbarbareikampagnen und unserer sonstigen Aufgaben sind, die wir politisch als Rote-Hilfe-Organisation zu lösen haben.

Ich stehe mitten in der Kleinarbeit, wie andere Genossen auch. In unserem Bezirk Erzgebirge-Vogtland — und so wird es auch im Reichsmaßstabe sein — fehlt es in erster Linie an Funktionären. Weiter steht fest, daß selbst die politisch revolutionären Arbeiter die Rote-Hilfe-Arbeit immer noch unterschätzen. Selbst die nicht ausgenommen, die als Führer gelten. Die Rote Hilfe wird in vielen Fragen immer noch selbst bei ihren politischen Aufgaben von Redakteuren ihr nahestehender Parteien hintangesetzt. Das erklärt auch das schwere Fortkommen in der Roten Hilfe.

Wenn vom Genossen Sch. angeführt wird, daß bei einer Betriebszellenorganisation von 100 Mann mit einem bis zwei

Kassierern auszukommen sei, so zeigt dieses Beispiel, daß Genosse Sch. von praktischer Arbeit wenig Ahnung hat. Im Gegenteil! Mit Betriebsfunktionären wird bei einer Betriebszellenorganisation nicht gespart, sondern sie werden vermehrt. Ich möchte besonders warnen, irgendwelche Experimente zu unternehmen nach der Richtung, wie sie Genosse Sch. aufzeichnet. Das würde bedeuten, die Rote Hilfe würde nicht, wie Genosse Sch. wünscht, eine Erweiterung des Organisationslebens schaffen, sondern Erschwerung zur Folge haben. Bei der teilweisen Umstellung der Roten Hilfe auf Betriebszellen wird sich in vielen Bezirken die Anstellung hauptamtlich tätiger Bezirkskassierer notwendig machen. Bisher sind wir ohne sie ausgekommen. Der Kas-

Eine Rote-Hilfe-Ausstellung.

Der Zentralvorstand hat eine Ausstellung, bestehend aus etwa 60 großen Papptafeln, fertiggestellt, auf denen mit Hilfe von Statistiken, Photographien und sonstigem Material das große proletarische Hilfswerk der Roten Hilfe in Deutschland und andern europäischen Ländern dargestellt wird. Diese Ausstellung, in Arbeiterlokalen, Konferenzen usw. ausgestellt, hinterläßt auf jeden Besucher einen nachhaltigen Eindruck. Die Ortsgruppe **Brandenburg** und der **5. Bezirk Berlins** haben mit dieser Ausstellung bereits gute Erfolge erzielt. Sie steht allen Bezirken und Ortsgruppen zur Verfügung.

sierer müßte dann, wie z. B. im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, statt 170 Ortsgruppen vielleicht noch 100 Betriebszellen organisatorisch bearbeiten.

Wenn, wie nach dem Artikel des Genossen Sch., die Betriebszellen das Fundament zur Erfassung der Mitglieder der RH. sein sollen, dann müßten nebenbei, wie bisher in den Ortsgruppen, Hausfrauen, Bürgerliche, Arbeitslose, überhaupt alle die Mitglieder, die in Betrieben nicht zu erfassen sind, organisatorisch und politisch bearbeitet werden. Es ließe sich noch vieles anführen, was gegen die Betriebszellen als **Grundlage der RH.** spricht.

Ich möchte nun einmal kurz sagen, wie wir in Chemnitz in einer Ortsgruppe die Erfassung der Betriebe durchzuführen gedenken und zum Teil schon durchgeführt haben. Der Ortsgruppenvorstand hat drei Genossen bestimmt, die sämtliche Betriebe auf einer Liste feststellten. In den Betrieben, soweit wir Mitglieder der RH. feststellen konnten, haben wir diesem Betrieb

ein Rundschreiben zugeschickt, wie wir als Ortsgruppen zusammen mit den Betrieben unsere Aufgaben für die politischen Gefangenen erfüllen können.

Die Aufgaben für die Betriebe sind folgende:

Jeder Betrieb hat ein Betriebskomitee zu bilden, je nach Größe des Betriebes. Die Zusammensetzung des Betriebskomitees hat nach Möglichkeit aus SPD., KPD.- und parteilosen Arbeitern zu geschehen. Der Vorsitzende der Betriebskomitees hat seine Adresse sofort dem Ortsgruppenvorstand zu melden, gehört dem Ortsgruppenvorstand an und hat bei jeder Vorstandssitzung zu erscheinen. Die Aufgaben des Betriebskomitees sind politische Propaganda gegen die Klassenjustiz in Betriebsversammlungen, Werbung von Mitgliedern für die RH., Verkauf von Propagandamarken, bei besonderen Anlässen Sammellisten an die Kollegen bringen. Ebenso noch Verkauf von Broschüren und Postkarten. Das letztere läßt sich in den meisten Betrieben nicht durchführen. Die Genossen erklären, daß es nicht abgekauft wird, da es zum größten Teil im schmutzigen Zustand in die Hände der Käufer kommt.

Diese Aufgaben bis zum letzten Betrieb durchgeführt, stellen ein großes Arbeitsfeld zur Erfüllung unserer Aufgaben noch vor uns.

Wenn wir auch erst wenige Betriebe erfaßt haben — auch der Ortsgruppenvorstand ist damit selbst nicht zufrieden —, so beweist das uns, wie schwer es ist, Betriebsfunktionäre zur Arbeit heranzuziehen. Bei

Lichtbildervortrag „Zaristische Kerkergruel“.

Wie bereits in der letzten Nummer mitgeteilt, hat der Zentral-Vorstand eine Lichtbilderserie „Zaristische Kerkergruel“ hergestellt, die den Bezirken und Ortsgruppen zur Verfügung steht. Zum besseren Verständnis der Bilder ist als Nr. 2 „Die Rote Bühne“, eine spannend geschriebene Erläuterung, in Druck gegeben. Preis voraussichtlich 20 Pf. Die Erläuterungen sind als Programm gedacht, die den Besuchern des Lichtbildervortrags verkauft werden können. Rote Helfer! Benutzt diesen Vortrag in eurer Werbetätigkeit.

einer Zellenorganisation würde sich das noch mehr bemerkbar machen.

Noch wichtiger als die Organisationsform ist der Geist, der in der Organisation lebt; beides zusammen bringt uns vorwärts, nicht eines von beiden allein.

Organisationsbericht für den Monat Oktober 1926

Bezirke	Die Ortsgruppen umfassen Arbeitsgruppen u. Zellen in:				Registrierte Einzelmitglieder			Kollektiv Mitgliedschaften		Parteizugehörigkeit der Einzelmitglieder				Funktionäre sind vorhanden in:			Übersicht über Versammlungstätigkeit										
	Ortsgruppen	Betrieben	Gewerkschaften	Vereinen	Wohnbezirken	Männer	Frauen	Zusammen	Kollektiv	Anhänger der Kollektivmitglieder	Mitglieder insgesamt	K.P.D.	S.P.D.	Bürgerliche	Parteilose	Betrieben	Gewerkschaften	Vereinen	Wohnbezirken	Funktionäre insgesamt	Funktionäre	Mitglieder	Kollektivsch.	Öffentliche	Beilags- u. Orts- Ausschuß	Vorstands- u. Konferenzen	Kasseneingaben, Demonstrationen
Berlin-Brandenburg	109	72	6	25	186	19 345	8 727	28 072	39	44 387	72 459	11 559	185	81	16 247	206	16	66	1051	1339	72	63	12	14	50		13
Summa:	1706	398	52	101	2154	123 165	28 828	158 961	334	339 588	495 549	87 533	1896	708	68 824	927	303	418	6613	8261	447	411	18	82	482	16	32

Die Differenz zwischen den männlichen und weiblichen Mitgliedern und der Gesamtmitgliederzahl entsteht dadurch, daß nicht alle Ortsgruppen über diese Frage berichteten

Einnahmen und Leistungen der R.H.D. im Oktober 1926

Bezirke	Einnahmen der R.H.D. im Monat Oktober 1926									Leistungen der R.H.D. im Monat Oktober 1926											
	Eintrittsgelder	Beitragsmarken	Kollektiv-Beiträge	Sammellisten	Sonstige Sammlungen	Gebührl. Vertrags-Abführungen	Literatur-Verkauf	Zeitungen	Summa der Einnahmen	Familien- u. Gefangenens-Unterstützung	Notstands-Unterstützung	Rechtsschutz	Entlassungsgelder	Propaganda	Für Literatur u. Zeitungen	Summa der Leistungen	Abführungen f. Rechtsschutz usw.	Zuschüsse von Zentralvorstand			
Berlin-Brandenburg	139.30	6 873.80	205.05	746.46	4 317.69	1 070.50	377.70	1068.70	14 798.60	4 315.12	241.30	125.—	318.99	608 90	5 609.31	6 121.85					
Summa:	534.55	34 178.73	2568.85	4044.26	17 916.04	10 502.48	4345.69	3522.22	87 031.76	22 220.30	1776.95	755.—	8074.60	2301.58	38 134.43	29 010.91	950.—				

Zu den Leistungen kommen noch M 8299.90 für Rechtsschutz und M 9310.40 für Kinderheime, die vom Zentralvorstand getragen werden
Kassenbestand in den Bezirken und im Zentralsekretariat insgesamt M 41 127.35

ROTE HILFE KORRESPONDENTEN

Berichte für den Monat November 1926

Berlin-Brandenburg.

Die im Monat Oktober begonnene Kampagne für die Befreiung der Revolutionäre Sacco und Vanzetti in Amerika wurde bis Mitte des Monats November fortgesetzt. Die amerikanische Gesandtschaft wurde durch Delegationen und schriftliche Proteste der Berliner Arbeiterschaft, sowie der Provinz-Ortsgruppen überflutet. Nur unter diesem Druck erklärten die amerikanischen Behörden, daß die Strafvollstreckung gegen Sacco und Vanzetti bis zur Klärung des Falles ausgesetzt ist.

Auch die Kampagne „Kinderheim in Not“ wurde noch im November geführt und abgeschlossen. Das finanzielle Ergebnis durch den Verkauf von Kinderheim-Marken beträgt im August 571,20 M., im September 914,20 M., im Oktober 732,70 M. und im November 473,30 M. Da für die Unterstützung der Kinderheime auch Sammellisten zirkulierten, auf denen durchschnittlich noch höhere Monatsbeträge eingingen, ist die Sammlung als verhältnismäßig gut zu bezeichnen. Als weitere Sammlung wurde im Monat November mit der Kohlen- und Kartoffelsammlung begonnen. Auch hier setzten einige Ortsgruppen sehr gut ein. Gleich in den ersten Tagen lieferten die Ortsgruppe Berlin XX 17 Zentner Kartoffeln, 1 Zentner Mohrrüben, 66 Stück Kürbisse, 124 Köpfe Kohl und 26 M. für Einmachezucker; die Ortsgruppe Groß-Besten 19 Zentner Kartoffeln und die Ortsgruppe Berlin IV 110 Zentner Preßkohlen ab. Diese Sammlung geht weiter und verspricht sehr gute Erfolge.

Mit den aktiven Vorbereitungen zu der im Dezember durchzuführenden Winter- und Weihnachtshilfe wurde schon in den ersten Tagen des November begonnen. Außer dem zentral herausgegebenen Material wurde vom Bezirksvorstand ein Brief an die Betriebsräte und an die gesamte Belegschaft aufgesetzt und den Ortsgruppen zur weiteren Verwendung übergeben. Zur Besprechung und Organisierung der Weihnachtshilfe fanden in den Ortsgruppen folgende Versammlungen statt:

- 76 Ortsvorstands-Sitzungen mit 482 Teilnehmern,
- 104 Funktionär-Sitzungen mit 2439 Teilnehmern,
- 97 Mitglieder-Versammlungen mit 10 164 Teilnehmern.

Auch die übrige Versammlungstätigkeit war sehr rege. Insgesamt fanden statt 334 Sitzungen und Versammlungen mit 50 751 Teilnehmern.

Außer den angeführten Sitzungen und Versammlungen fanden Mitte des Monats 5 Arbeitsgebietskonferenzen statt, an der von den 109 Ortsgruppen 98 vertreten waren.

Zu dem am Anfang Dezember einberufenen Kongreß der Werktätigen wurde in fast allen Versammlungen Stellung genommen und zum Teil auch Delegierte gewählt.

Auch die Anfang des Monats stattgefundenen Revolutionsfeiern waren vielfach mit Rote-Hilfe-Referenten besetzt und Säle mit Transparenten der RH. ausgeschmückt.

Zwei neue Ortsgruppen, Küstrin und Golzow, drei Korporativmitglieder und 621 Mitglieder wurden im November gewonnen. Die Einnahmen an Beitragsmarken zeigen eine weitere aufsteigende Linie. Sie betragen 7372 M. gegenüber 13 263,58 M. der Gesamteinnahmen. Auf das einzelne Mit-

glied kommen 25,7 Pf. als monatlicher Mitgliedsbeitrag.

Pommern*)

Ostpreußen.

Die im Oktober begonnene Kartoffelsammlung brachte erfreuliche Resultate. Einzelne Ortsgruppen sammelten bis 41 Zentner, so daß wir in der Lage waren, für jede Frau 4 und für jedes Kind 3 Zentner abzugeben.

Einen glänzenden Beweis proletarischer Solidarität erbrachten die RFB.-Kameraden

etwa 50 Veranstaltungen der Roten Hilfe mitgewirkt. Ueberall fanden die Veranstaltungen der Roten Hilfe unter Mitwirkung dieses Orchesters den größten Beifall.

Ab 15. November weilte die Genossin Hölz in Ostpreußen, von Marienburg kam sie über Elbing nach Königsberg. Ueberall fanden überfüllte Massenversammlungen statt. Etwa 20 Orte unserer reaktionären Provinz hat die Genossin Hölz bereist. Fast alle diese Orte hatten überfüllte Versammlungen und wurde das Referat der Genossin Hölz

Wo wird der „Rote Helfer“ gelesen?



der Ortsgruppe Neuhausen bei Königsberg. Sie hatten 35 Zentner Kartoffeln gesammelt und brachten diese am Sonntag, den 14. November in geschlossenem Zuge auf Handwagen nach der Stadt. Durch die vollbepackten Handwagen, durch Musik und Transparente war der Zug von guter propagandistischer Wirkung.

Die Rote Hilfe hat im letzten halben Jahr eine Reihe von Theateraufführungen veranstaltet. Junge Schauspieler, Maler und befähigte Arbeiter schlossen sich zu einer Theatergruppe zusammen.

Zur Polenkampagne wurde mit guter Propagandawirkung „Der Bombenwerfer“ aufgeführt, ein Stück aus dem Polen Pilsudskis, das von Genossen nach der Broschüre der „Bombenfabrikant“ bühnenmäßig ausgearbeitet war.

Ein von Genossen geschriebenes Stück „Zeitschau der unterdrückten Schreie“ in 10 Bildern war richtiges Arbeitertheater und wurde besonders gut aufgenommen. Upton Sinclairs Fassadenkletterer ist auch zu wiederholten Malen gespielt worden.

Ein Kasperletheater mit selbstgeschnitzten Figuren (Karikaturen aus dem politischen Leben) wurde bei den Veranstaltungen der Roten Hilfe viele Male mit Erfolg aufgeführt.

Das deutsch-russische Liebhaberorchester (Balalaika-Orchester) hat im Jahre 1926 in

mit Begeisterung aufgenommen. Die Versammlungskampagne brachte für die Rote Hilfe in Ostpreußen einen großen Aufschwung.

Hunderte Neuaufnahmen wurden für die Rote Hilfe gemacht. Broschüren wurden in großer Menge abgesetzt.

Danzig.

Am 7. November fand in der Ortsgruppe Zoppot eine Veranstaltung zugunsten der politischen Gefangenen statt, die von etwa 300 Teilnehmern besucht war. In dieser Veranstaltung wurde ein Referat gehalten über das Thema: Was ist und was will die Rote Hilfe. Ergänzt wurde selbige durch Gesang, Theater und Rezitationen. Es wurden 300 Stück „Der Rote Helfer“ umgesetzt. Die Sammlung ergab 16 Gld.

Oberschlesien*)

Schlesien*)

Ostsachsen.

Ueber die Bezirksarbeit im November ist besonders zu berichten, daß die Außenpropaganda noch besonders darunter leidet, daß sich die hiesige Tageszeitung der KPD. immer noch nicht dazu entschließen konnte, die RH.-Pressekorrespondenz ihrer Bedeutung gemäß zu würdigen. Alle persönlichen Vorstöße des Korrespondenten sowie auch schriftliche Beschwerden an die Gesamtedaktion vermochten bisher nicht, den Widerstand zu brechen. Bei den statt-

*) Aus den mit einem Stern bezeichneten Bezirken lag kein Bericht bei Redaktionsschluß vor.

gehabten Aussprachen zeigte es sich, daß Mitglieder der Redaktion „Arbeiterstimme“ sich der Wichtigkeit der RH.-Korrespondenz gar nicht bewußt sind. „Wir haben eben keinen Platz für Feuilleton“, war die Antwort, die ein Redakteur erteilte.

Ein Vorgang von nicht zu unterschätzender Bedeutung ereignete sich im Berichtsmonat in Freiberg i. Sa., einem Ort von 36 000 Einwohnern mit einer starken SPD. und sehr schwacher KPD. Der dortige Rat, ohne Uebertreibung einer der reaktionärsten von Sachsen, sah sich veranlaßt, zu einer Sitzung über Gefangenen- und Entlassenenfürsorge die RH. offiziell einzuladen. Die dortige Ortsgruppe, mit Unterstützung eines Bezirks-Komiteemitgliedes, beteiligte sich an der geplanten Veranstaltung, wo der staatliche Fürsorger für den Landgerichtsbezirk Freiberg, Herr Jäkel, einen Vortrag über „Wert und Bedeutung der Gefangenen- und Straftlassenfürsorge für die Gesellschaft“ hielt. Durch geschicktes Abwarten unseres Bezirksvertreters war es diesem möglich, als dritter Debatteredner besonders mit dem an der Debatte sich beteiligenden Pfaffen abzurechnen, der nicht mehr und nicht weniger forderte, als: „daß alle zur Entlassung Kommenden unbedingt der Kirche zu melden sind“. Dem einberufenden Dezerenten des Wohlfahrtsamtes Freiberg schien diese dem Herrn Pfaffen erteilte Abfuhr sichtlich unangenehm zu sein, doch wurde ein großer Teil der Behauptungen durch den staatlichen Fürsorger bestätigt. Nach Beendigung der Aussprache sollten alle Korporationen, die zur Mithilfe bereit seien, sich in eine Liste eintragen. Von der RH. wurden vier Genossen dazu bestimmt, der Herr Pfarrer jedoch wollte auch hier wieder eine Extrawurst haben, indem er wieder verlangte, daß bei den kirchlichen Straffälligen alle Mitteilungen an ihn geleitet werden sollten, was der staatliche Fürsorger ablehnte. Wenn nun auch noch keineswegs die Welt aus den Angeln gehoben ist, so ist es doch eine feststehende Tatsache, daß sogar ein bürgerlich-reaktionärer Rat gezwungen war, die RH. als bestehend anzuerkennen. Vielleicht bewirken diese Zeilen, daß unsere Ortsgruppen in anderen Teilen des Reiches auf Grund der Wohlfahrtspflichtverordnung diese Instanzen zwingen, die RH. zu dieser Fürsorgetätigkeit für die Gefangenen heranzuziehen.



Der jüngste Rote Helfer, Kurt Tuchscherer aus Aue, 10 Jahre alt, verkauft durchschnittlich monatlich 80 „Rote Helfer“

Erzgebirge-Vogtland.

Die RH. hatte im Dezember eine Weihnachtsfeier für die Familien der politischen Gefangenen abgehalten, getragen mit dem Gedanken der Solidarität für unsere im Zuchthaus schmachtenden Genossen und Klassenbrüder. Im Monat November hatte die Sammeltätigkeit eingesetzt, um unseren Brüdern und deren Familien eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. So konnten 19 Frauen, 32 Kinder, 14 Gefangene und 3 Genossen, die erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen sind, beschert werden.

Die Genossin Elisabeth Göhlsdorf, Leipzig, brachte revolutionäre Gedichte zum Vortrag.

Genosse Robert Siewert, M. d. L., und zwei Genossen gaben in ihren Ausführungen ein Bild der deutschen Klassenjustiz und ihrer Helfershelfer.

Der Arbeitergesangverein „Fulgura“ und der Mandolinenverein brachten proletarische Lieder zu Gehör. Dieser Abend wird so manchem Zuhörer eine bleibende Erinnerung bleiben.

Im Monat November erhielten 19 Frauen, 16 Gefangene und 29 Kinder 822 M. Unterstützung, außerdem wurden 147 M. für Notstände und Entlassungsgelder ausgezahlt.

Halle-Merseburg*).

Magdeburg*).

Westsachsen*).

Großthüringen.

Trotz schärfsten Vorgehens der Thüringer „Ordnungsregierung“ der Arbeiterschaft gegenüber konnte unsere Rote Hilfe-Organisation sich stabil halten. In reger Arbeit wurde der Auf- und Ausbau in Vorstands-, Funktionär- und Mitgliederzusammenkünften, auch nach außen hin in größeren Kundgebungen durchgeführt. Im Mittelpunkt standen die Strzelewicz-Veranstaltungen, die überall gut besucht waren und propagandistisch Erfolge zeitigten.

Die Klassenjustiz hat auch wiederum einige Opfer aus den Reihen der revolutionären Arbeiterschaft gefordert und auf Jahre hinter die Kerkermauern gebracht. Die Unterstützungen trugen in unseren Ausgaben eine größere Summe aus als im Vormonat, da im November 20 Frauen, 33 Kinder und 13 Gefangene, insgesamt 1380 Mark an Unterstützungen erhielten. Um die Sammelaktion zur Winterhilfe zu erleichtern, verlangte im Thüringer Landtag die kommunistische Fraktion die Beantwortung eines von ihr früher gestellten Antrages, der auch am 9. November zur Tagesordnung stand, aber mit den Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt wurde. Nur die Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten stimmten unserem Antrage zu.

Niedersachsen*).

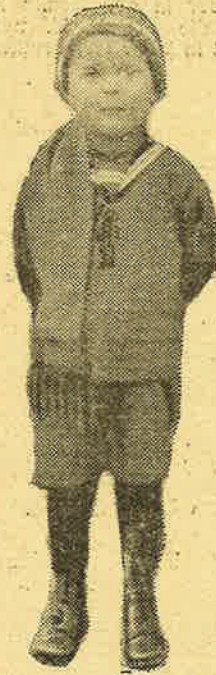
Mecklenburg*).

Wasserkante*).

Nordwest.

Der Dezember war im wesentlichen mit der Winterhilfe-Kampagne ausgefüllt. Die Organisation zeigte eine rege Tätigkeit. Im Anfang des Monats gründeten wir bei einer Versammlung mit einem Lichtbildervortrag über Kinderheim „Barkenhoff“ in Hemelingen, einem Vorort Bremens, eine neue Gruppe mit etwa 30 Mitgliedern. Bei einer RFB.-Veranstaltung veranstalteten wir eine Verlosung mit gutem Verlauf. Von der Ortsgruppe Oldenburg des Malerverbandes wurde ein Referat über „Rote Hilfe“ angefordert und gehalten. Die Versammlung war von ungefähr 90 Prozent SPD.-Leuten besucht. Die Weihnachts-Sammelkampagne verlief gut, trotzdem die Briefe für die Geschäftsleute sehr spät eingingen, so daß die mehrmalige Bearbeitung der Firmen nicht durchgeführt werden konnte. Der Broschüren-Umsatz blieb im Dezember etwas durch die Wintersammlung zurück. Der Vertrieb des „Roten Helfers“ hielt sich auf gleicher Höhe.

Ruhrgebiet. Die Arbeit im Monat November 1926 war im wesentlichen auf die Winterhilfskampagne eingestellt. Und wie notwendig es auch in diesem Jahre wieder sein wird, diese Kampagne frühzeitig ein-



Die große Solidarität der Roten Hilfe

Dem 5jährigen Wilke, Schönebeck, wurde der Vater während des Leuna-Kampfes 1921 erschossen. Die Mutter starb vor zwei Jahren; das Kind hat nur noch die Rote Hilfe Deutschlands

zuleiten, hat die teilweise etwas späte Ablieferung der gesammelten Sachen gezeigt. Trotz sonstigen guten Arbeitens der meisten Ortsgruppen in organisatorischer Hinsicht hielten dieselben in der Mehrzahl nicht den Endtermin ein, der zur Ablieferung der Gegenstände gestellt war, also eine Übersicht über erhaltene Sachen und dadurch eine regelrechte Zuteilung an die Unterstützungsbedürftigen nicht möglich war. Dieses Vorgehen für den Dezemberbericht nur deshalb, daß die übrigen Bezirke ebenfalls schon jetzt zur nächsten Kampagne Stellung nehmen, um im nächsten Jahre diese Mängel zu beheben.

Bei der Sammelkampagne im Monat November ist in verschiedenen Orten des Bezirks eine systematische Gegenaktion der Polizeiorgane zutage getreten. In Bochum-Hövel ging so ein uniformierter Gernegroß dazu über, das gesamte Material der Organisation zu beschlagnahmen. In Gelsenkirchen verbot die Polizei den Großsammeltag am 28. November. Die dortige Ortsleitung holte trotzdem an diesem Tage eine schöne Summe heraus durch Verkauf unserer Weihnachtsmarken, Zeitungen und Literatur. In anderen Orten wurden Sammelisten beschlagnahmt. Der Bezirkssekretär wurde schon verschiedentlich von der „heiligen Hermandad“ verhört.

Zum Schluß noch etwas über die Erfahrungen auf dem Gebiete der Presse.

Es ist die besondere Eigenart der meisten Zeitungsleser, daß sie zuerst den letzten Teil durchstöbern und vor allen Dingen nach Notizen oder Artikeln aus dem Heimatort suchen. Man muß diese Eigenart unbedingt ausnutzen im Interesse der R. H. Wenn der Leser immer und immer wieder auf Notizen oder Artikel, ja sogar nur ein-spaltige Schlagzeilen der R. H. stößt, wird er zum mindesten interessiert. Auch

zeigt ihm das immer wiederkehrende Wort „Rote Hilfe“, daß die Organisation lebt, und erhält er aus jedem noch so kleinen Artikel Stoff darüber, was die Rote Hilfe eigentlich ist, und was sie will.

Um nun aber in den Besitz lokaler Begebenheiten, die die R. H. betreffen, zu kommen, muß in jeder Ortsgruppe ein R. H.-Korrespondent sein. Diese berichten an den Bezirkskorrespondenten und dieser sorgt für Unterbringung in der Presse. Ein solcher Ausweg der Berichterstattung ist unbedingt notwendig, um eine ideologische, falsch eingestellte Veröffentlichung zu verhindern, um über alle Vorgänge im Bezirk auf dem Sekretariat unterrichtet zu sein, und zuletzt durch die bessere Verbindung des B. K. mit der Presse eine Veröffentlichung zu garantieren.

Die Frage der R. H.-Korrespondenten ist also eine unbedingt notwendige Aufgabe, die es in diesem Jahre zu lösen gilt. Es wäre weiter noch hervorzuheben, daß durch die Berichterstattertätigkeit eine Vervollkommnung des logischen Denkens stattfindet und aus den Kreisen der Korrespondenten nach und nach gute Referenten herangebildet werden können.

Niederrhein. Die im Oktober begonnene Justizkampagne wurde im November weiter geführt. Infolge der organisatorischen Schwäche unseres Bezirkes und der Ermüdung unserer Funktionäre durch die gute Arbeit in der Holzkampagne waren wir nicht in der Lage, die Anti-Justizaktion zu steigern. Es fanden drei weitere öffentliche Versammlungen gegen die Justizschande statt. Die agitatorische Wirkung war gut. Nur waren wir außerstande, diesen ideologischen Einfluß auch organisatorisch durch Gewinnung neuer Roter Helfer auszuwerten. Weiter wurden Mitgliederversammlungen durchgeführt zum Zwecke des Aus- und Aufbaues unserer Bewegung und zur Stellungnahme bezüglich des Standes, der Vorbereitung, Organisation und der schon gezeitigten Erfolge in der Winterhilfs- und Weihnachtskampagne. Außerdem fanden noch zwei Theater- und Konzertabende statt, die ebenfalls propagandistisch den besten Widerhall fanden. Im Dezember bestand unsere Haupttätigkeit in der Steigerung und Verbreitung der Winterhilfsarbeit. Ein weiterer wesentlicher Erfolg unserer Winterhilfs-tätigkeit war, daß unsere roten Sanitäter in steigendem Maße den politischen Sinn unserer Sammelarbeit erkannten und mit derselben eine gute Aufklärungsarbeit über Ziel und Zweck der R. H. und die Notwendigkeit einer Generalamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen verbanden. In Düsseldorf, Elberfeld, Remscheid und Iserlohn fanden Weihnachtsfeiern statt zum Zwecke der Bescherung der Familien der politischen Gefangenen. In überfüllten Sälen entwickelten wir ein Programm, in dessen Mittelpunkt die Übergabe der Weihnachtspakete an die Frauen und Kinder unserer tapferen Freiheitskämpfer stand. Musik der RFB.-Kapelle, aktuelle Theaterstücke des JSB, umrahmten die wichtig gewordenen Kundgebungen, die bei den Werkträgern einen tiefen Eindruck hinterließen.

Eine gute Unterstützung und Förderung unserer Agitation und Propaganda fanden wir in dem seit November kostenlos wieder erscheinenden Mitteilungsblatt. Überdies hat sich die Pressepropaganda erheblich gebessert, bedingt durch das bessere Entgegenkommen seitens der kommunistischen Presse. Abschließend sind wir der Meinung, daß zur Verstärkung, Verbesserung und weiteren Entwicklung unserer R. H.-Journalistik eine Rote - Hilfe - Korrespondenten-Konferenz zum Austausch der Erfahrungen der einzelnen Bezirke in ihrer Presse-

propaganda und zur weiteren Schulung unserer Korrespondenten äußerst förderlich wäre.

Mittelrhein*).

Hessen-Waldeck. Die Arbeiten im Berichtsmonat waren auf den weiteren Ausbau der Ortsgruppen gerichtet.

Die Weihnachts- und Wintersammlung wurde eingeleitet und unterstützt von der N. A. Z. Im Bezirk sind noch zwei Familien zu unterstützen.

Die Arbeiten des Gef.-Beirats waren gut. Broschüren- und Zeitungs-Verkauf noch gering. Das liegt wohl darin, daß die Funktionäre zu lange erwerbslos sind und darum gleichgültig werden.

Hessen-Frankfurt*).

Baden. Die Winterhilfskampagne kann in diesem Jahr in unserem Bezirk als gut bezeichnet werden. Wir haben, trotzdem die Sammelisten etwas spät herauskamen, an Geldsammlungen über 2200 Reichsmark eingebracht, was deshalb um so höher zu bewerten ist, weil wir aus unserem Bezirk Pfalz fast nichts herausholen konnten, da die Genossen von den Behörden geradezu gehetzt werden.

Es ist unser eifrigstes Bestreben, die Legalität zu erzwingen, damit wir auch mit unseren Genossen in den bayerischen Gefängnissen schriftlich verkehren können. Bis jetzt ist uns dies in Bayern noch nicht möglich gewesen.

Die zutage getretenen Fehler und Mängel bei der Sammelaktion sind immer noch zu suchen in dem Mangel an Funktionären. Sind in einer Ortsgruppe die nötigen Funktionäre vorhanden, so ist auch ein Erfolg zu verzeichnen. — Ein weiterer Fehler ist der, daß unsere Genossen glauben, nur an die Genossen der K. P. D. herantreten zu müssen, und trotz wiederholter Aufforderung, auch an andere heranzutreten, bringen unsere Funktionäre die Initiative hierzu nicht auf.

In der Sammelkampagne haben wir die Erfahrung gemacht, daß diejenigen unserer Sammelkolonnen, die auf der Höhe waren, von niemand abgewiesen wurden, was im vorigen Jahre noch nicht der Fall war. Wir sehen also, daß die Rote Hilfe sich mit jedem Jahr mehr festigt und populär wird. Der Berichtsbogen besagt auch, daß wir in diesem Jahr an Sammlungen über 1000 Mark mehr eingebracht haben als im vorigen Jahr, trotz schlechter wirtschaftlicher Lage. — Auch die Parteizeitung der K. P. D. unterstützte uns in diesem Jahre besser als früher. Ferner brachte auch eine bürgerliche linksstehende Zeitung den Aufruf des Kuratoriums, den wir der Zeitung übersandten.

Im vorigen Jahre erlaubte sich noch die S. P. D.-Presse in unserem Bezirk, eine Warnung an ihre Mitglieder herauszugeben, daß ihre Mitglieder für die Rote Hilfe nichts zeichnen sollten. Wir übersandten in diesem Jahr der S. P. D.-Presse den Brief des Kuratoriums zur Veröffentlichung; sie hat unser Schreiben zwar nicht veröffentlicht, doch hat sie die Hetze gegen die Rote Hilfe wenigstens unterlassen.

Was unser Warensammeln anbetrifft, so hat sich auch dieses gegen das vorige Jahr gesteigert. Wir konnten den Familien unserer Inhaftierten, je nach Kinderzahl, Sendungen bis zu einem halben Zentner überlassen. Den Gefangenen in den pfälzischen Gefängnissen ging ein Paket von fünf Pfund zu, den badischen Gefangenen, die kein Paket erhalten durften, wurde ein Blumenstock am Weihnachtsabend in ihre Zelle gesandt.

Dem Kinderheim Barkenhoff in Worpswede konnte der Bezirk eine Kiste mit nur neuen Sachen (Kleidung) und Lebensmitteln im Gewichte von 57 Kilo übersenden, während das Kinderheim „Mopr“ in Eigersburg eine solche von 53 Kilo erhielt.

Wir haben bei dieser Kampagne die Überzeugung gewonnen, daß, wenn wir taktisch klug an die Massen herantreten, wir vorwärts kommen.

Württemberg*).

Nordbayern. (Aus organisatorischen Gründen Südbayern.) den fällt der Bericht aus.)

Ende Februar steht Herr Jürgens auf der Anklagebank!

Während des Prozesses müssen sämtliche Rote-Hilfe-Mitglieder auf den Beinen sein. In keinem Hause, in keiner Wohnung darf die von der Roten Hilfe herausgegebene Broschüre „Jürgens“, Preis 10 Pf., fehlen. Hunderttausende von Exemplaren müssen umgesetzt werden.

Unsere Referentenmappen.

Der Zentralvorstand gibt in bestimmten Zeitfolgen Referentenblätter heraus, die in eine Ordnermappe eingehftet werden können. Diese Mappe stellt der Zentralvorstand den Bezirken, Ortsgruppen und Funktionären zum Preise von 2 Mark zur Verfügung. Bis jetzt sind 20 Blätter herausgekommen. Die Referentenblätter selbst werden dann den Käufern der Ordnermappe gratis laufend zugesandt. Wir empfehlen jeder Ortsgruppe, sich eine solche Mappe anzuschaffen.

Briefkasten.

Pr.-Eylau. Es ist doch selbstverständlich, daß Reichsbannerkameraden von der Roten Hilfe unterstützt werden, wenn sie aus politischen Motiven gehandelt haben und im Gefängnis sitzen.

In jede Arbeiterbibliothek gehört:

Felix Halle: Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht? Preis 80 Pf.

— Der Proletarier als Schöffe und Geschworener. Organisationspreis 60 Pf. Buchhandelspreis 1 Mark.

— **Anklage gegen Justiz und Polizei.** Zur Abwehr der Verfolgungen gegen das proletarische Hilfswerk für die politischen Gefangenen und deren Familien. Soeben erschienen: Organisationsausgabe 50 Pf. Buchhandelspreis 1 Mark.

Erich Mühsam: Gerechtigkeit für Max Hoelz. 3. Auflage. 26/45 000, mit einem Nachwort von Arthur Dombrowski, Zellengenosse und Generalbevollmächtigter von Max Hoelz. Preis 40 Pf.

George Lansbury: Sein Ruf an die, die noch nicht mit uns sind. Illustriert. Preis 10 Pf.

„**Wer ist's?**“. Ein Wort an die S. P. D. und parteilosen Arbeiter. Preis 15 Pf.

„**Jürgens.**“ Der Kriminalverbrecher und Landgerichtsdirektor. Preis 10 Pf.

Kolarow: Im Lande der Galgen. Reich illustriert. Preis 30 Pf.

Die Rote Bühne Nr. 1. Preis 20 Pf.

Hoelz-Postkarte Preis 10 Pf.

Kinderheimpostkarten. Preis 10 Pf.

Im Druck:

— **Polizeiterror gegen Kind und Kunst.** Gabor: Mörderknute über Kinder. Preis 20 Pf.

— **Die Rote Bühne Nr. 2.** Erläuterungen zu dem Lichtbildervortrag „Zaristische Kerkergruel“. Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch:

MOPR-Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77/78

oder durch die Rote-Hilfe-Funktionäre